

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

108 (19.5.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 30, Fernruf Nr. 422 50. Redaktion: Mannheim, S 3, 30, Fernruf Nr. 415 98. Chefredakteur: Hermann Jerrtrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2248. Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 48; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lorrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 147, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 108

Freitag, 19. Mai 1950

Preis 15 Pfg.



Um was es geht!

Pressestimmen zur Londoner Konferenz Moskau. Die Moskauer „Pravda“ bezeichnet den Schumanplan für eine deutsch-französische Industrieunion als „Teil der Vorbereitungen für einen neuen Krieg. Tatsächlich geht es darum“, schreibt das Blatt, „alle Marshallplan-Länder zugunsten eines Kartells auszuplündern, in dem die amerikanischen Kanonenkönige die Hauptrolle spielen wollen.“

Die Warschauer „Trybuna Ludu“ schreibt: „Neben der Ankündigung einer verschärften Ausbeutung Afrikas und der Erregung neuer Wellen antikommunistischer Kriegshysterie ist der Plan für die Umsiedlung von Europäern in weniger dicht bevölkerte Länder der wichtigste Teil des ganzen (Londoner) Kommuniqués. Aber die Arbeitslosigkeit ist ein wirtschaftliches und kein bevölkerungstatistisches Problem. Wenn man arbeitslose Italiener nach Kanada schickt, wo sie die Zahl der dortigen Arbeitslosen vermindern, wird man den Kapitalisten zwar billige Einwanderersklaven zur Verfügung stellen. Man kann jedoch auf diese Weise weder in Italien noch in Kanada der Krise beikommen.“

Die polnische Zeitung „Polska Zbrojna“ meint, daß Londoner Kommuniqué lasse darauf schließen, daß die Westmächte die Bundesrepublik wieder aufrüsten und reaktivieren und ihre Industrie auf Kriegszwecke umstellen wollen.“ (nach Reuter und pap)

Die Pariser „Liberation“ setzt sich mit dem Londoner Außenminister-Konferenz gegebene Adenauer-Interview in der amerikanischen Zeitschrift „United States and World Report“ auseinander und schreibt: „Wir wollen nicht noch einmal Opfer der machiavellistischen Verschlagenheit deutscher Grundherren werden, deren heuchlerischer und gefährlichster Vertreter Herr Adenauer ist, Herr Adenauer, der in einem Interview mit der „Monde“ die Wohlthaten einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf Grund des Schuman-Vorschlages preist.“

Trygve Lie für Konferenz ohne Veto

Stockholm. Eine Konferenz ohne Veto soll der UNO-Generalsekretär Trygve Lie bei seiner Unterredung mit Stalin zur Lösung des Problems der chinesischen UNO-Vertretung vorgeschlagen haben.

Die schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet“ berichtet aus Lake Success, Lie habe empfohlen, das Chinaproblem als Verfahrensfrage auf die Tagesordnung einer Sonder Sitzung des Sicherheitsrates zu setzen. An dieser Sitzung sollten die Regierungschefs oder die Außenminister der Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats teilnehmen. Stalin soll sich bei der Besprechung bereit erklärt haben, erneut über die Atomfrage zu verhandeln, wenn vorher die Frage der Vertretung Chinas im Sicherheitsrat gelöst werde. (dpa)

Joliot-Curie nach Berlin eingeladen

Zum Ehrenpräsidenten im Kongreß Junger Friedenskämpfer vorgeschlagen

Berlin. (Eig. Ber.) Der Zentralrat der FDJ richtete an den bekannten Wissenschaftler und Friedenskämpfer, den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Weltfriedens-Kongresses, Professor Joliot-Curie, ein Schreiben, in dem er den Forscher bittet, beim Kongreß der Jungen Friedenskämpfer die Ehrenpräsidentenschaft zu übernehmen.

„Pflingsten wird in Berlin mit disziplinierter Kraft für den Frieden der Welt und das Glück der kommenden Generation demonstriert“, erklärte Oberbürgermeister Friedrich Ebert auf dem Parteitag der NDDP Großberlin.

Ebert sagte, er möchte diese Gelegenheit 5 Minuten vor dem Deutschlandtreffen benutzen, um allen Eltern zu versichern, daß der Magistrat von Großberlin und die in Berlin ansässigen Dienststellen der Deutschen Demokratischen Republik alles getan haben, um ihre Jungen und Mädel in Berlin bestens zu empfangen und zu versorgen. Von den 500 000 Friedenskämpfern brauche niemand bei „Mutter Grün“ zu kampieren, denn mehr als 500 000 Quartiere ständen bereit.

„Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit sagen, daß derjenige, der aus eigenem Entschluß oder im fremden Auftrage den Versuch wagen sollte, dieses Friedentreffen der Jugend an irgendeiner Stelle, mit welchen Mitteln es immer auch sei, zu stören“, erklärte Oberbürgermeister Ebert, „der wird die ganze Strenge und die Härte der demokratischen Gesetzgebung zu spüren bekommen. Die Gäste, die Pflingsten nach Berlin kommen, feiern das Fest des Friedens im Schutze der demokratischen Ordnung.“

„Mit großer Freude von dem hochherzigen Beschluß der UdSSR Kenntnis genommen.“

Politbüro der SED an das Zentralkomitee der KPdSU über die Senkung der Reparationskosten auf die Hälfte

„Das Politbüro der SED hat mit großer Freude von dem hochherzigen Beschluß der Sowjetregierung Kenntnis genommen, die Restsumme der Reparationszahlungen um 50 Prozent herabzusetzen. Dieser Beschluß, der die auf Vorschlag der SED ausgesprochene Bitte der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt, ist ein neuer Beweis für die selbstlose und edle Freundschaft des Sowjetvolkes zum deutschen Volke. Er bedeutet eine große Erleichterung für die Bemühungen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft in Deutschland.“

Der Edelmüt und Großmut der Sowjetregierung ist um so größer, als die Witwen und Waisen aus dem großen vaterländischen Krieg heute noch das Sowjetvolk an die ungeheuren Verbrechen des Hitlerfaschismus mahnen. Der Beschluß der Sowjetregierung wiegt um so schwerer, als die im Potsdamer Abkommen festgelegte Reparationssumme von zehn Milliarden Dollar in keiner Weise dem ungeheuren materiellen Schaden ent-

Geheime Kriegskonferenz von Acheson beherrscht

Ein nichtssagendes Kommuniqué — Gefährliche Angriffspläne werden verschwiegen

London (EB). Die unter dem Vorsitz des amerikanischen Außenministers Acheson tagende Konferenz des Atlantikpakt zeigt sich genau wie die Deutschland-Konferenz der drei Westmächte durch strenge Geheimhaltung aller gefährlichen Beschlüsse aus, die die Öffentlichkeit alarmieren würden. Darunter fällt die Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt — ein bereits offenes Geheimnis.

Ein nichtssagendes Kommuniqué sprach lediglich vom „Meinungsaustausch über die weltpolitischen Entwicklungen“. Reuter meldet dagegen, Außenminister Acheson soll auf der ersten Sitzung „fast als einziger“ gesprochen haben. In britischen und französischen Zeitungen wird bereits lebhaft über das Für und Wider der Einsetzung eines amerikanischen Militärdiktators über den gesamten Atlantikpakt diskutiert, obgleich das Kommuniqué kein Wort davon erwähnt. Die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press berichtet von einem „Aktionsprogramm“, das auf dieser Konferenz beschlossen werden soll. Welche Gefahr ein solches „Aktionsprogramm“ der imperialistischen Mächte, das der Ausarbeitung von Hitlers berüchtigtem Barbarossa-Plan gleichkäme, für die gesamte Welt mit sich bringt, darüber kann man in den Berichten der westlichen Presseagenturen nur zwischen den Zeilen lesen. Diese Praxis der völligen Geheimhaltung von wichtigen Konferenzen ist bisher nur von imperialistischen Staaten angewandt worden, die unmittelbar die Entfesselung eines neuen Krieges vorbereiten.

Zu gleicher Zeit tagt in Sydney (Australien) eine Konferenz der britisch beherrsch-

ten Länder Asiens. Auch hier wird von „Sofortmaßnahmen“ gegen die „Gefahr des Kommunismus“ gesprochen. Wie immer meint man jedoch brutale Maßnahmen gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterdrückten Kolonialvölker. Niemand, der die gewundenen Berichte über diese Konferenz liest, zweifelt daran, daß in Sydney wie in London Kriegsmaßnahmen beschlossen werden, die man aus guten Gründen der Weltöffentlichkeit verschweigt. Die Strategen des aggressiven Atlantikpakt wissen, daß eine Aufdeckung ihrer Pläne einen Sturm der Empörung bei allen Völkern der Erde entfachen würde.

Malik fordert Intervention der UN in Griechenland

Berlin. (EB). Der ständige Vertreter der Sowjetunion bei der Organisation der Vereinten Nationen, Malik, hat dem Generalsekretariat der UN den Wortlaut eines an die Regierung der UdSSR gerichteten Appells des griechischen Komitees für die Auf-

Keine Hand für Rüstungsarbeit

hebung des Konzentrationslagers auf der Insel Makronissos und die Durchführung einer allgemeinen Amnestie in Griechenland übermittelt. Malik ersucht in einem Schreiben an die UN, die Forderungen des griechischen Komitees zu unterstützen und zu deren Verwirklichung beizutragen.

Zum südbadischen Landesfriedenskongreß am 21. Mai 1950

Was erhoffe ich vom Landesfriedenskongreß?

Aktive Freiburger Friedensfreunde geben Antwort

Freiburg. Unser Berichterstatter suchte einige Freiburger Friedensfreunde auf, um sie anläßlich des am Sonntag, dem 21. Mai in Freiburg stattfindenden Landesfriedenskongresses zu befragen, was sie veranlaßt habe, sich aktiv für den Kampf um den Frieden einzusetzen.

Herr Hans Giesler, ein 44jähriger Drogist aus Freiburg, Richard Strauß-Str. 6, gab uns auf unsere Frage zur Antwort:

„Ich habe schon vor 1933 gegen die faschistische Kriegshetze gekämpft und habe für meinen Friedenswillen unter der Naziherrschaft drei Jahre im Zuchthaus gesessen. Auch heute ist die Kriegsgefahr wieder groß und kann nur gebannt werden, wenn alle friedliebenden Menschen für den Frieden etwas tun. Aus diesem Grunde begrüße ich die Landesfriedenskonferenz in Freiburg, auf der die Delegierten der südbadischen Bevölkerung ihrem Willen zum Frieden Ausdruck verleihen werden.“

Ich möchte nicht nur den Rest meines Lebens in einer friedlichen Welt leben, sondern mithelfen, daß auch die nach mir kommenden Generationen einen wirklich dauerhaften Frieden erleben. Darum bejaha ich alles, was dem Frieden dient, gleichviel von welcher Seite es kommt.“

Kein Kriegsmaterial — keine Völkerverhetzung

Herr Franz Morsch, Freiburg, Greststr. 6, Arbeiter in der Rhodiastet, hofft daß auf dem Landesfriedenskongreß Friedensfreunde aller politischen Richtungen sich näherkommen, die Schranken der Meinungsverschiedenheiten überwinden und einen gemeinsamen Weg zum Frieden finden.

Nach seiner Ansicht ist es unbedingt notwendig, daß gerade die Arbeiter in den Betrieben gegen die Herstellung von Kriegsmaterial und den Transport desselben kämpfen. „Es ist ein entscheidender Schritt zur Sicherung des Friedens“, erklärte er uns.

In der Erklärung von Adenauer, in der dieser sagt, die „Welt“ protestiere „gegen die Zurückhaltung von 1,3 Millionen Kriegsgangenen“, sieht Herr Morsch nur ein Mittel, um eine neue Kriegsstimmung zu

schaffen. Aus eigenen Erlebnissen im letzten Krieg hat er eine Vorstellung von der ungeheuren Zahl von unbekanntem Toten, die in allen Ecken Europas verscharrt sind und auf die die Angehörigen heute noch warten. Er glaubt weder daran, daß diese Vermissten noch in der SU leben, noch, daß sie dort gestorben sind.

Geschlossen gegen die Kriegshetzer kämpfen

„Ich bin deswegen für den Frieden“, sagte Herr Christian Reifsteck, ein 65jähriger Freiburger Kaufmann, der Mitglied der religiösen Sozialisten ist, „weil ich im Krieg das größte Übel für die Menschheit sehe. Aus meiner religiösen Überzeugung heraus ist mir gewiß, daß vor Gott kein Mensch das Recht hat, einem anderen Menschen das Leben abzuspüren oder zu nehmen. Wie im Einzelnen, so auch im Großen, zumal im Krieg die Teilnehmer zum allergrößten Teil gezwungen werden, ihnen ganz unbekannte Menschen zu töten. Im Krieg sehe ich die allergrößte Vernichtung von Werten. Werte die in Jahrhunderten errungen und in Zeit von Minuten vernichtet werden. Krieg bedeutet Not, Armut und Elend für unser Volk.“

Ich bin überzeugt, daß Kriege immer nur von wenigen angestiftet werden, die um des Profites und der Macht willen die Völker gegeneinanderhetzen und dadurch ungeheures Elend über die Welt bringen. Ich weiß, daß die Völker, wenn sie gegen die einzelnen Drahtzieher und Kriegshetzer geschlossen kämpfen, einen neuen Krieg verhindern können.“

Das Wichtigste ist Kampf um den Frieden

Fräulein Berthel Maier, Freiburg, Turnseestraße 34, Angestellte, erklärte unserem Korrespondenten:

„Am 27. November 1944 wurde durch amerikanischen Bomber der größte Teil unserer schönen Stadt in Schutt und Asche gelegt. Tausende unschuldiger Frauen, Männer und Kinder mußten ihr Leben lassen. Auch ich habe hierbei Menschen verloren, die mir sehr nahestanden. In jener Nacht des Grauens und des Schreckens habe ich mir vorgenommen, alles für den Frieden zu tun, daß nicht noch einmal solches Elend möglich ist. Das Wichtigste hierbei sehe ich heute im

Separatisten weisen Deutsche aus

Saarbrücken. (EB). Das Innenministerium der saarländischen Marionetten-Regierung hat das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Einheitsgewerkschaft im Saargebiet, Paul Obermeier, kurzfristig aus dem Saargebiet ausgewiesen. Obermeier, der gleichzeitig dem Landesvorstand der KPD angehört, muß seine Heimat binnen drei Tagen verlassen. Die Ausweisung erfolgte trotz der Proteste der Gewerkschaften, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Werktätigen zahlreicher Betriebe.

Protest afrikanischer Parlamentarier

gegen Schuman-Plan, der Afrika zur internationalen Kolonie machen soll

Paris. Die Mehrheit der aus den französischen Afrika-Besitzungen stammenden Abgeordneten der Nationalversammlung hat sich einer Protestresolution gegen den Schuman-Plan zur gemeinsamen Führung der Kohle- und Stahlindustrie Frankreichs und Deutschlands angeschlossen.

„Nachdem man feierlich verkündet hat, daß das Kolonialregime abgeschafft sei, kann man aus den französischen Afrika-Besitzungen keine internationale Kolonie machen, nicht einmal unter dem Vorwand einer Zusammenarbeit der USA und Europas zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas“, heißt es in dieser Resolution. Weiter wird gesagt: „das Eurafrika, das auch wir für notwendig halten darf nur in der Form einer Gemeinschaft gedacht werden, die sich auf der Basis der Gleichheit frei zusammenfindet und wirtschaftlichen Charakter hat. Es würde unweigerlich zum Scheitern führen, wollte man diese Gemeinschaft — wie es der Schumanplan anscheinend vorsteht — unter dem Aspekt einer Vorherrschaft Europas über Afrika verwirklichen, wenn diese Vorherrschaft auch noch so geschickt getarnt wäre.“ Die afrikanischen Abgeordneten fordern deshalb eine ausführliche Parlamentsdebatte über dieses Thema. (nach afp)

Warum ein so nichtssagendes Kommuniqué?

Geheimklauseln zur Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt

Berlin. (EB). Das Londoner Kommuniqué zur Konferenz der westlichen Außenminister sei dazu bestimmt, die in London vereinbarten Geheimklauseln über die Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven Atlantikpakt, die in dieser Woche auf der Konferenz der Atlantikpaktmächte erörtert werden sollen, zu tarnen, meldet „Telegraph“.

Dies werde durch einen kürzlich aus Westdeutschland eingetroffenen Bericht über die Beschleunigung der Remilitarisierung bestärkt. In diesem Bericht heiße es, die Aufstellung westdeutscher Soldateneinheiten werde durch die zwangsweise Registrierung aller ehemaligen Soldaten der Nazivermacht durch die westdeutschen Arbeitssämter beschleunigt.

„Telegraph“ schließt mit dem Hinweis, die Schätzungen der vorläufigen Gesamtzahl der Angehörigen militärischer Formationen Westdeutschlands mit 1,2 Millionen Mann veranschlagen.

Im Streiflicht gesehen

Ein Todesurteil im Freiburger Werwolf-Prozeß

Freiburg (dpa). Im Freiburger Werwolf-Prozeß verurteilte das französische Militärgericht am Dienstag den im britischen Besatzungsgebiet wohnhaften ehemaligen HJ-Bannführer Werner Rahäuser in Abwesenheit zum Tode und den ehemaligen SS-Unterscharführer Eugen Walz aus Lorrach zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Die Verurteilten sind nach den Feststellungen des Gerichtes für die am 23. April 1945 erfolgte Erschießung von neunzehn polnischen und russischen Zwangsarbeitern verantwortlich. Sie gehörten einer Werwolfgruppe an.

Sechs jugendliche Mitangeklagte, die als HJ-Mitglieder zum Werwolf gekommen waren und zur Zeit der Tat nur 16 Jahre zählten, erhielten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu sieben Jahren. Das Verfahren gegen zwei Jugendliche, die im amerikanischen Besatzungsgebiet wohnen und zur Verhandlung nicht erschienen waren, wurde abgetrennt.

Ueber den gegenwärtigen Aufenthalt des ehemaligen Bannführers Rahäuser, der am Dienstag im Freiburger Werwolf-Prozeß in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, ist, wie in Freiburg ergänzend bekannt wird, nichts bekannt. Er war ursprünglich im britischen Besatzungsgebiet interniert, ist jedoch während eines kurzen Urlaubs verschwunden. Seitdem fehlt von ihm jede Spur.

Der Name verpflichtet

Aachen (dpa). Noch nie fiel in einem Aachener Kaffeeschmuggelprozeß so oft das Wort Kaffee wie in einem Strafverfahren am Dienstag vor einem Schöffengericht. Sämtliche vier Angeklagte hießen nämlich tatsächlich Caffee. Der 47 Jahre alte Vater Caffee, seine beiden Töchter und sein 18jähriger Sohn waren Ende vorigen Jahres und Anfang dieses Jahres mehrmals beim Schmuggel gefaßt worden. Bei einem „Familienunternehmen“ war der Sohn im Januar durch einen Unterleibsbruch

Mütter gegen den Krieg

New York. (Eig. Ber.) Die amerikanische Frauenorganisation „Mütter gegen den Krieg“ hat gleichlautende Schreiben an Sta-

tes „Telegaph“ schließt mit dem Hinweis, daß die Unterdrückungskampagne gegen die KPD ein bedeutsames Symptom dessen ist, was in Westdeutschland vorgeht. Die KPD bildet die Vorhut der kämpferischen Opposition gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und gewinne durch die Mobilisierung der Friedenskämpfer von Tag zu Tag an Kraft.

Mütter gegen den Krieg

New York. (Eig. Ber.) Die amerikanische Frauenorganisation „Mütter gegen den Krieg“ hat gleichlautende Schreiben an Sta-

Jetzt mehr gefälschte Weine als vor dem Krieg

Düsseldorf (dpa). Die Zahl der gefälschten Weine ist in Nordrhein-Westfalen jetzt erheblich höher als vor dem Krieg. Der einzige staatliche Weinkontrollleur des Landes, Gessinger, teilte am Dienstag mit, daß bei 732 staatlichen Kontrollen im Vorjahr bei Winzern, bei dem Weinhandel und bei Gastwirten 300 Weine beanstandet werden mußten. Die Weine würden oft beim Verlassen des Winzerkellers und auch beim Weinhandel gefälscht.

Mißglückter Bankraub

Wiesbaden (dpa). Mit dem Ruf „Hände hoch — Geld her“ stürmte in Wiesbaden ein junger Mann mit geschwärtztem Gesicht in den Kassenraum einer Wiesbadener Bankfiliale. Der Filialleiter eilte jedoch trotz der Drohung auf die Straße und holte Hilfe herbei. Daraufhin suchte der Räuber das Weite, sprang in einem bereitstehenden Kraftwagen und fuhr davon. An Hand des polizeilichen Kennzeichens konnte festgestellt werden, daß der Wagen einer Verleiherfirma gehörte, bei der ihn der Täter unter voller Angabe seiner Personalia entliehen hatte. Bereits zwei Stunden später konnte er von der Polizei in seiner Wohnung verhaftet werden.

Vom Grabstein ihres Mannes erschlagen

Wien. Die 75jährige Witwe Anna Neuhuber aus Wien wurde am Dienstag vom Grabstein ihres verstorbenen Ehemannes erschlagen, als sie auf dem Grabe Blumen pflanzen wollte. Frau Neuhuber glitt aus und stieß beim Fallen an den anderthalb Meter hohen Grabstein, der aus dem Gleichgewicht kam und auf sie niederstürzte. Als die Verunglückte aufgefunden wurde, war sie bereits tot. (Nach Reuter.)

Errötend folgt er Schumans Spuren

Neustadt a. d. H. (nach dpa) Der SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher erklärte am Sonntag, der Vorschlag Schumans über den Zusammenschluß der französischen und deutschen Schwerindustrie könne der „Beginn einer gesunden europäischen Entwicklung sein“. Außenminister Schuman meinte es damit offensichtlich ehrlich.

(Vst.) Schumacher macht auf seinem Rückzug vor den Kanonendonnen rechts und links des Rheins natürlich einige Vorbehalte. Aber nichts kann darüber täuschen, daß seine Liebeserklärung für den Schuman-Vorschlag ebenso ernst ist, wie die Adenauers.

Dünkirchens Hafnarbeiter verweigern das Beladen mit Kriegsmaterial

Paris. (EB.) Die Hafnarbeiter Dünkirchens haben auch am Montag das Beladen eines für Indochina bestimmten Dampfers mit Kriegsmaterial konsequent verweigert, nachdem sie bereits am Sonntagabend der Anforderung der Hafendirektion nicht nachgegeben sind. Die Hafnarbeiter beschlossen, aus Protest gegen die Verschiffung von Kriegsmaterial nach Indochina in den Streik zu treten.

Taft für direkte Friedensgespräche mit Moskau

Washington. Der republikanische Senator Robert Taft erklärte bei einer Rundfunkansprache in Washington, seine Partei würde direkte Friedensverhandlungen Präsident Trumans mit der Sowjetunion unterstützen. (dpa)

Storch auf dem Unternehmerpfad

„Möglichst entpolitisierten“ Entwurf über Mitbestimmungsrecht

Bonn. Der seit langem angekündigte Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht läßt immer noch auf sich warten, wie ein Sprecher des Kabinetts der Bundespressekonferenz mitteilte. Der als Arbeitsminister im Adenauer-Kabinett tätige CDU-Gewerkschaftler Storch will einen „möglichst entpolitisierten“ Entwurf vorlegen. Dazu will er am 24. und 25. Mai erneut mit den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden Verhandlungen führen. Der Sinn solcher Verhandlungen kann nur noch sein, die Gewerkschaften zum Nachgeben zu veranlassen. Eine Denkschrift der Unternehmerverbände hat inzwischen die Forderung auf das volle wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht im Betrieb als eine „Kampfansage“ bezeichnet. Die Unternehmer sind an einer schnellen gesetzlichen Regelung nicht interessiert. Ihre Denkschrift, erklären sie, wolle eine „voreilige Entscheidung verhindern“. Auf dieser Unternehmerrunde operiert seit Wochen Adenauers Arbeitsminister, Storch.

Der neue Propagandaminister

Bonn. Die Gelegenheit, die Bundespressekonferenz mit dem zum Leiter der Berliner Zweigstelle des Presse-Informationsamtes ernannten Karl Brammer bekanntzumachen, benutzte Jakob Kaiser, um sich als der neue Propagandaminister gegen die Deutsche Demokratische Republik vorzustellen. Während Karl Brammer betont hatte, daß die Berliner Bevölkerung durch in Westdeutschland verbreitete falsche und übertriebene Nachrichten viel zu leiden hätte, setzte Jakob Kaiser hemmungslos neue Hetzmeldungen über das Verhältnis der So-

Bundestag würgt Watenstedt-Debatte ab

Wovor hatte Adenauerregierung Furcht?

Die Anträge zur Demontage in Watenstedt-Salzgitter sollten endlich beraten werden. So stand auf der Tagesordnung zur Sitzung am Donnerstag, dem 11. Mai des westdeutschen Bundestages als Punkt 1 b: „Die Beratung des Antrages der Fraktion der KPD betreffend Watenstedt-Salzgitter“. Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch das Eingreifen Adenauers von der Tagesordnung abgesetzt. Man will keine öffentliche Diskussion mehr über die Vernichtung der Friedens-Industrie in Watenstedt-Salzgitter. Darum möchte man den Anschein erwecken, als ob die Demontage aufgehört habe, und die bürgerliche Presse erweckt diese Illusion durch Schlagzeilen, wie etwa: „Demontagestop für die Reichswerke“ oder „Salzgitter kann wieder leben“.

Aber dieser Optimismus wird nicht von denen geteilt, die sich Einblick verschafft haben in die wirklichen Verhältnisse. So schreibt z. B. der sozialdemokratische Presse-

„Aus der Nähe betrachtet und im Werke selbst besehen, schrumpfen die zuversichtlichen Überschriften zusammen; übrig bleibt die Erkenntnis, daß die Reichswerke, einst ein Koloss aus Stahl, bis auf die 120 m lange Halle der Schmiede genau nach dem Demontageplan vom Herbst 1947 abgebaut werden. Das bedeutet, daß kein Stahl mehr erzeugt werden darf und daß nicht einmal das vom Werk erbetene Rohisenprogramm mit vier Hochöfen bewilligt wurde. Es bleibt bei den drei Hochöfen des ersten Demontagebefehls, der so oft genannte Hochofen V wird demontiert. Dem Werk verbleibt eine optimale Leistungsfähigkeit von etwa 45 000 t Rohisen monatlich. Dabei fehlt es für den zweiten Hochofen, den Minister Storch „in den nächsten Tagen“ anzublasen versprochen, an Aufträgen. In Wirklichkeit werden heute in Salzgitter monatlich 15 000 t Rohisen hergestellt und wenn die deutsche Stahlquote nicht erhöht und die Ruhrindustrie kein Erbarmen zeigt, bleiben die angekünndigten Rauffah-

nen über dem zweiten Hochofen blauer Dunst, vom dritten Hochofen gar nicht zu sprechen.“

Und er stellte dann fest, der sozialdemokratische Pressedienst, daß im günstigsten Falle langsam im Laufe von zwei Jahren Arbeitsplätze für 2000 Mann geschaffen werden können. Es ist also nicht nur die Ansicht der Bevölkerung von Watenstedt-Salzgitter, daß mit dem sogenannten „Gnadenakt“ des Hohen Kommissars Robertson nicht viel geteilt worden ist. Es wäre daher durchaus notwendig gewesen, dem eindeutigen Antrag der Kommunistischen Fraktion entsprechend zu beschließen, daß die Bundesregierung beauftragt wird, der Hohen Kommission im Namen des Bundestages diese Forderungen zuzuleiten:

1. Einstellung jeglicher Demontearbeiten an allen Betrieben der ehemaligen Reichswerke von Watenstedt-Salzgitter.
 2. Abtransport aller, z. T. aus DP's bestehenden Demontage-Trupps.
- Warum, so fragt man sich, hat Herr Dr.

Adenauer die Beratung und Beschlußfassung über diesen kommunistischen Antrag von der Tagesordnung streichen lassen? War es schon geschehen, im Hinblick auf den Vorschlag des französischen Außenministers Schuman, die Ruhrindustrie mit der französischen Schwerindustrie zu vereinigen? Die deutschen und die ausländischen Monopolherren wollen seit langem deutsche Schwerindustrie nicht in Watenstedt-Salzgitter dulden. Oder war das Verlangen der Hohen Kommission ausschlaggebend dafür oder hatte Herr Adenauer selbst etwas zu fürchten? Etwa eine Rede von Heinz Renner, dem einige Einzelheiten bekannt geworden sind, die nicht in der Öffentlichkeit verbreitet werden sollten? Den Kommunisten fiel nämlich ein Schreiben in die Hand, und das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Rolle, die die sogenannte Bundesregierung in Amerikas Kolonie Westdeutschland spielt. So verlangte der Hohen Kommissar, daß „Maßnahmen gegen die Polizisten ergriffen werden sollen, die ihre Pflichten im Zusammenhang mit den Demonstrationen in Watenstedt-Salzgitter nicht nachgekommen waren“. Sie erinnern sich doch! Damals gab es einen Schießeraß, die Arbeiter hatten sich geweigert, den Demonteurern ihrer Lebensgrundlagen das Werk freizugeben. Deutsche Polizisten, die damals nicht die von ihnen geforderte Brutalität gegen die Frauen und Männer von Watenstedt-Salzgitter aufbrachten, sollten bestraft werden, auf Verlangen des Hohen Kommissars. Eine Untersuchungskommission der nie-

dersächsischen Landesregierung „befand“ vier einzelne Polizisten für „schuldig“, ihre „Pflichten“ nicht erfüllt zu haben und empfahl ihre Bestrafung. Ministerpräsident Kopf übergab dieses Untersuchungsergebnis dem Landeskommissar, der es an den Hohen Kommissar weiterreichte. Daraufhin erklärte der Hohen Kommissar unter Vorbehalt gewisser Einschränkungen, daß er den Empfehlungen des Arbeitsministers Storch über die Errichtung zusätzlicher Industrien in Watenstedt-Salzgitter zustimme und erklärte, daß er diese Entscheidung in der eindeutigen Annahme gefällt habe, daß Maßnahmen gegen die vier Polizisten ergriffen werden.

Diese Dinge vor aller Öffentlichkeit im Bundestag zu behandeln, fürchten die Män-

500 000 Friedensfackeln werden leuchten in Berlin!

Der sogen. Regierung Adenauer. Und darum wurde über die Rettung der Lebensgrundlage der Bevölkerung von Watenstedt-Salzgitter am Donnerstag nicht beraten. Darum wurde das Stück der neueren Kolonialisierungspolitik in Westdeutschland, das Watenstedt-Salzgitter heißt, nicht im Bonner Bundestag behandelt, darum haben die Abgeordneten zugelassen, daß Punkt 1 der Tagesordnung vom Donnerstag gestrichen wurde. Daß sie damit dem deutschen Ansehen und deutschen Interessen gedient hätten, werden sie wohl selbst nicht behaupten wollen. Das bleibt den deutschen Patrioten überlassen, die für den 21. Mai in Hannover zur Antidemontage-Konferenz zusammenzutreten um sich fester zusammenzuschließen. E. M.

Die Partei hinter Max Reimann

Die Entschlossenheit des Parteivorstandes begrüßt

Entschließungen und Telegramme zur Ausstoßung des Parteifeindes

Mannheim. Das Sekretariat des Kreisvorstandes Mannheim hat mit Abscheu Kenntnis genommen von der niederträchtigen und abgefeimten Agententätigkeit Kurt Müllers. Wir beglückwünschen den PV und den Vorsitzenden der Partei Max Reimann zur Entlarvung dieses heimtückischen Verräters an der Partei und der Arbeiterklasse. Die Schnelligkeit und Gründlichkeit, mit der der PV diesen gefährlichen Parteifeind entlarvte und aus der Partei ausstieß, wird auch für uns ein Ansporn sein, den Kampf um die politische und organisatorische Fe-

stigung der Parteiorganisation unseres Kreises zu verstärken und konsequenter und wachsammer denn je alle Versuche des Klassenfeindes, Zersetzung und Lähmung in die Reihen der Partei zu tragen, unmöglich zu machen.

Telegramme

An die Kommunistische Partei Deutschlands, Frankfurt a. M.

Die in Soltau — Lüneburger Heide — tagenden Partei- und Jugendfunktionäre begrüßen den konsequenten Beschluß gegen Parteifeind Kurt Müller. Fester die Reihen, klarer den Blick. Parteifeinde sind Feinde der Arbeiterklasse und Feinde des Volkes. Erhöhte Wachsamkeit stärkt uns im Kampf um den Frieden.

Kommunistische Partei Deutschlands, Kreisleitung Soltau

An Max Reimann, Frankfurt-Main

Funktionäre in Braunschweig begrüßen den Ausschuß des Agenten Müller. Erblicken darin einen Ausdruck der Kraft und Stärke unserer Partei. Versprechen, mit noch größerer Energie den Kampf um Frieden und Sozialismus zu führen. Zscherpe

An Max Reimann, Frankfurt-Main

Lieber Max! Durch Deine Ausführungen im Fall Kurt Müller ist unser Glaube an die Unbesiegbarkeit des Marxismus-Leninismus noch mehr gefestigt worden. Wir grüßen Dich in unerschütterlichem Vertrauen zur Partei und ihrem Vorstand.

Kreisleitung Allfeld-Leine — Erwin Nau

„Alles gehört jetzt dem Volk“

Vom 18. bis 20. Mai findet in Eisenach die Gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft statt. Eine württembergische Bäuerin, die schon an der Vorkonferenz in Schierke teilgenommen hat und auch wieder nach Eisenach fahren wird, schildert in einem Brief ihre Fahrt nach Schierke. Meine Liebe Erika!

Nun sind die schönen Tage in Schierke/Harz vorbei. Wie Dir schon bekannt ist, gehörte ich zu meiner Freude zu den Eingeladenen. Ich fuhr dem schönen Harz entgegen. Bebra lag um Mitternacht hinter uns, man fuhr der Paß- und Gepäckkontrolle an der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik entgegen. Wenige Minuten später stand ein junger sowjetischer Soldat vor uns, der lachend nach Zeitschriften fragte. Der Zug lief ein und einige Teilnehmer der Schierker Konferenz fanden sich zusammen. Nach Erledigung der Paßformalitäten stiegen wir in den Bus ein, der

uns nach Schierke bringen sollte. Wir dauerten, infolge der Dunkelheit von den Schönheiten der Landschaft nicht viel sehen zu können. Ab und zu flitzten Dörfer vorbei, wir sahen beleuchtete Spruchbänder über den Straßen mit herzlichen Begrüßungsworten, die wohl ebenso uns, wie den Wintersportlern galten. Endlich — im Hellwerden des dämmernden Morgens — Schierke. Hier und da eine leichte Schneedecke, begrüßende Hände streckten sich uns entgegen, als wir den Ort der Tagung, Hotel „Heinrich Heine“ (früher Fürst zu Stolberg) betraten.

Und vom ersten Augenblick an waren wir von einer so sichtlich aus dem Herzen kommenden Gastlichkeit förmlich eingehüllt.

Schnell waren die Tagungsmappen und Zimmer verteilt. — Denk Dir meine Freude. Drei ineinandergehende Räume für drei Teilnehmerinnen waren mein Zuhause für diese Tage. Eine als Wohnzimmer eingerichtete Veranda, wieder mit dem schönen Blick auf den Harz, Schlafzimmer und Bad. Es war wirklich wie im Traum und dabei das gute Gefühl, dies alles gehört jetzt dem Volk, den werktätigen Menschen und ist nicht mehr Vorrecht einiger Weniger. Dies wurde mir am ersten Sonntag so recht klar, als eine Gruppe der FDJ froh und unbekümmert mit im Hotel wohnte und sich sichtlich an allem freute.

Liebe Erika! Ich spüre förmlich, wie Du auf meinen Brief wartest. Aber ich weiß nicht, alles, aber auch alles, stürmte auf mich ein bei meiner Rückkehr. Vor allem, der Mann nicht auf Deck, nicht ernstlich krank, aber so Baxen-Winterkrankheit und es gibt doch so allerhand Arbeit in der Wirtschaft. Also sei nicht böse, der Bericht wird endlos lang, sende Dir die erste Seite. Hab Dank für die schönen Stunden neulich. Rest folgt! Herzlichst Deine Lotte.

„Le Monde“, Paris.

Pressestimmen

Unsicherheit und Verwirrung im Westen

„Zu keiner Zeit seit dem Kriege haben sich westliche Staatsmänner in schwierigeren Umständen zusammengefunden. Die westliche Welt hat nicht nur im Fernen Osten schwere Rückschläge erlitten und muß vielleicht noch andere in Südostasien einstecken. Was noch viel störender ist — und dies macht die Konferenz so dringend und so bedeutsam — ist die bei den westlichen Völkern (gemeint sind aber die Regierungen, d. Red.) selbst bestehende Unsicherheit und Verwirrung.“

„The Times“, London.

Dollars genügen nicht — Ausnahmegesetz verhaßt

Der Korrespondent der Associated Press in Saigon meldet, daß die Ankündigung amerikanischer Hilfe für die französisch-vietnamesischen Streitkräfte in ihrem Kampf gegen den Vietnam (die Volksbefreiungs-Bewegung, d. Red.) bisher keine große Begeisterung in der Hauptstadt von Süd-Vietnam hervorgerufen hat. Obwohl man sich in französischen und vietnamesischen Kreisen über diese Entscheidung des Staatsdepartements befriedigt zeigt, befürchtet man in gewissen offiziellen Kreisen, daß diese Hilfe ausreichen wird, um eine Lage abzuändern, die als gefährlich betrachtet werden muß. . . .

Die politische Entwicklung in Vietnam hat die französischen Kreise dazu geführt, ihre ganze Hoff-

nung auf die Operationen der Polizei zu setzen, der wahrscheinlich eine Reihe energischer Maßnahmen vorausgehen werden, wie die Einführung der Zensur für die Presse von Saigon. Es ist möglich, daß AusnahmeGesetze von der Art der in Malaya und Hongkong dekretierten Gesetze erlassen werden, um den Behörden Vollmachten zu geben. Man glaubt hier tatsächlich, daß der bisherige relative Mißerfolg der Regierung Bao Dai bei der Bekämpfung zum großen Teil von der zögernden Haltung der vietnamesischen Behörden herrührt, die sich weigern, einen wirklichen Kampf gegen den Vietnamh zu führen.

„Le Monde“, Paris.

Welchen Weg geht die SPD?

Zum Parteitag der SPD in Hamburg vom 21. bis 25. Mai 1950 / Von Albert Buchmann

I. Zwischen Düsseldorf und Hamburg liegen 20 Monate sozialdemokratischer Politik. Die erste Sorge um die Zukunft der Arbeiterbewegung, um eine demokratische, friedliche Entwicklung unseres Volkes berechtigt und verpflichtet zu der Frage, welche Politik der Parteitag in Hamburg beschließen wird. Die große geschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes heißt jetzt, den Frieden gewinnen! Den Frieden gewinnen bedeutet aber mit allen Kräften, mit leidenschaftlicher Energie um den Frieden kämpfen. Die stärkste und zuverlässigste Kraft in diesem Kampfe ist die einheitliche Arbeiterklasse. Das Verhältnis der deutschen Arbeiterklasse ist ihre Spaltung. Ihre Überwindung erfordert eine kritische, politisch ideologische Auseinandersetzung mit der Politik der rechten sozialdemokratischen Führung, auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus.

Das Facit von Düsseldorf bis Hamburg eine traurige Bilanz

Auf dem Parteitag in Düsseldorf 1948 verkündete Dr. Schumacher mit großem Pathos, daß weder in Deutschland noch in Europa die Sozialdemokratische Partei eine dauerhafte Politik betreiben werden könne. Und Schumacher Stellvertreter, Ollenhauer, erklärte auf dem Parteitag der SPD am 1. und 2. April in Berlin: „Die Sozialdemokratie ist heute der stärkste politische Faktor, den es in Deutschland gibt.“

Die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre fragen: „Warum hat Dr. Schu-

macher, warum hat unsere Parteiführung, unsere Partei die SPD, als „stärkste Kraft“ nicht ernsthaft eingesetzt zum Kampf um die sozialen, politischen und nationalen Lebensinteressen der Arbeiterschaft, ja unseres ganzen Volkes? Warum war Dr. Schumacher in Düsseldorf zu der Feststellung genötigt: — „Die Rücksichtslosigkeit dieser Klassenkämpfer von oben ist so groß, daß im letzten Jahr in keiner wichtigen Frage die Verständigung möglich gewesen wäre, ohne die Interessen der arbeitenden Menschen aufzugeben.“ Das Zentralorgan der SPD, der „Neue Vorwärts“ vom 14. 5. 1949, mußte zugeben: „Jedemal, wenn das Interesse der darbenenden Menschen in Deutschland in Konkurrenz kam mit den Interessen der Verdienner, hat das Verdiennerinteresse mit selbstverständlicher Sicherheit über das Interesse des Volkes triumphiert.“

Warum? Weil die rechten sozialdemokratischen Führer, ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg, den Kampf um die Beseitigung der ökonomischen und politischen Machtgrundlagen der Monopolherren und Großgrundbesitzer, der Schuldigen am Nationalsozialismus und am Krieg, preis gaben. Während sie gelegentlich von „Sozialismus als Tagesaufgabe“ redeten, hat ihre „konstruktive Opposition“ die Wiederaufrichtung der Macht der reaktionären Großbourgeoisie unter den Direktiven westlicher, besonders amerikanischer Imperialisten zum Ergebnis. Die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse, der koloniale Bundesstaat, zwei Mil-

lionen Arbeitslose, keine Berufsaussicht für hunderttausende Jugendliche, sind einige der Tatsachen, die im Gegensatz zu den Lebensinteressen des Volkes und dem Willen der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre stehen.

Bestätigt hat sich jene warnende Voraussetzung, die der stellvertretende Vorsitzende der SED, Walter Ulbricht, im Frühjahr 1946 aussprach: „Wenn es gelänge, die SPD an den Wagen der CDU/CSU zu spannen, würde Westdeutschland wieder in Krisen und Konflikte hineingeführt werden; dagegen wäre die Einheit der Arbeiterklasse die Garantie für die friedliche Lösung der demokratischen Aufgaben und der Herstellung der Einheit Deutschlands.“

Zur Charakterisierung der Rolle des Sozialdemokratismus sagt die 14. Tagung des PV der KPD unter anderem: „Es muß klar sein darüber bestehen, daß der Sozialdemokratismus die Ideologie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie die Ideologie der Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die Interessen der Imperialisten ist, daß der Sozialdemokratismus unvermeidlich zur Niederlage der Arbeiterklasse und zum Sieg der reaktionären Kräfte führen muß. Ohne den entschiedenen Kampf gegen die Ideologie und Politik der Schumacher, Heine, Ollenhauer und Kompagnie, kann die deutsche Arbeiterklasse weder um die Tagesforderungen noch um die Durchsetzung ihrer politischen Ziele erfolgreich kämpfen.“

sein, eine Bewegung zu schaffen, der die Besatzungsmächte Gehör schenken müßten. Deutschland dürfe nicht ein Garant des Krieges, sondern müsse ein Garant des Friedens werden.

Zur Politik des Zentrums im Bundestag erklärte die Rednerin, daß das Zentrum die „soziale Marktwirtschaft“ Erhard's als zu liberalistisch und das Einkommensteuergesetz als nicht sozial genug ablehne.

Die beschämendste Bestätigung — und zugleich Selbstcharakterisierung gibt die SPD-Führung in ihrem Wahlauftritt zum Bundestag 1949. Dort heißt es: „Hinter dem Wall der kämpfenden Sozialdemokratie haben die Rechtsparteien die unsolteste Epoche der deutschen Wirtschaftspolitik entwickelt. Der Profit ist wieder oberstes Gesetz geworden“. Drohungen von Bundesministern und Kampfansagen der reaktionären Parteien gegen die Gewerkschaften, gegen das Mitbestimmungsrecht, gegen die KPD häuften sich. Der Mißbrauch der SPD in diesem gefährlichen „Spiel“ gegen die Arbeiterschaft und gegen die Interessen des Volkes wird immer offenkundiger.

Der Grundfehler dieser unheilvollen Politik ist darin begründet, daß der politische Kampf von Dr. Schumacher und Genossen, nur in einer Richtung — hier allerdings geradezu fanatische — Konsequenz an den Tag legt: Im Kampf gegen den Kommunismus, gegen die SU, gegen die Volksdemokratien und gegen die Deutsche Demokratische Republik. Dafür nur einige Zeugnisse. „Trotz aller Ungunst der Verhältnisse, ist es uns Sozialdemokraten, und zwar uns ganz allein, gelungen, unsere westliche Zone vor dem Einbruch des Kommunismus zu retten. Vielleicht das einzige politische Aktivium der Nachkriegszeit.“ (Dr. Zorn, Düsseldorf, Parteitag).

„Wir sind in erster Linie die Partei des Antibolschewismus.“ (Ollenhauer) usw. usw. „Eingetauscht wurde dafür der „Triumph der Profitstreiber“ über das Interesse des Volkes. Der einzige Weg zur Überwindung dieser Katastrophpolitik ist die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christlichen und Parteilosen in der Aktionseinheit.“

„Nur gegen Honorar“

Mannheim. An und für sich bin ich dem gewalttätigen Boxsport etwas abhold, weil ich von zarter Männlichkeit bin und im Ring unzweifelhaft eine Schlappe erleben würde, auch wenn mein Gegner kein Klasseboxer wäre. Außerdem habe ich noch ein paar andere Sorgen, als den in Aussicht stehenden Mannheimer Boxkampf, wie gestundete Gasrechnungen und Möbelabzahlungen. Die sportbegeisterten Mannheimer sind augenblicklich von der Boxeritis befallen und sprechen nur noch fachmännisch von „fight“ und „clinch“, wovon ich nur eine sehr unklare Vorstellung habe, außer der, daß es dabei Schläge regnet.

Aber ich weiß genau, was ein „businessman“ ist. Das ist ein Geschäftsmann amerikanischer Prägung ohne zarte Skrupel, wenn es sich um Geldmachen handelt; da wird der andere Partner möglichst einfach überfahren. Zum Beispiel: Als Walcott in Heidelberg im Café Haarlaß sich den ehrfurchtig staunenden Speisern zeigte, wollten ein paar Bildberichterhalter ihn knipsen. Da trat der Promotor, Mister Friedman, dazwischen und erklärte, nur gegen Honorar, bitte schön! Bei einem Empfang wurde die Filmgesellschaft, welche gegen schweres Geld das Alleinrecht zur Herstellung eines Dokumentarfilms vom Mannheimer Boxkampf erworben hatte, höflich aber bestimmt durch den smarten Promotor hinauskomplimentiert. Die Reklameidee, Walcott und Hein ten Hoff beim letzten Rennen auf dem Hockenheim-Ring eine Ehrenrunde fahren zu lassen (was inzwischen ja geschehen ist), beantwortete der Manager Walcotts mit der Frage, wieviel Pinke dafür erlegt werden würde!

Wie man sieht, die Leute verstehen ihr Geschäft, und sie erörtern nicht einmal dabei. Nur gegen Honorar ist der Meister aller Klassen, Jersey Joe zu sehen, zu knipsen, und seine berühmte Linke beim Training zu sehen — auch für Zeitungsleute, die seinen Ruhm ausposaunen. Wundert man sich? Die Vanderbilts, Rockefellers, Morgans haben Schule gemacht, und die kleinen Boxpromotoren schreiben wie die großen Hyänen der Wallstreet: „Gib mir all Dein Geld!“

Blumbergs verzweifelte Wirtschaftslage

Im Haushalt 79000 DM Defizit

Blumberg (Volkskorp.). In ganz Südwestdeutschland ist die Not der Bergarbeitersiedlung Blumberg bekannt. Wie katastrophal sie ist, mag dem Uebersichtlichen das Defizit von 79 000 DM zeigen. Sie aber darüber zu wundern, ist wirklich nicht notwendig, denn was konnte die Stillelegung des Erzbergbaues die Demontage einer Reihe von Betrieben, Arbeitslosigkeit, eine Reihe von Betriebsstilllegungen auf Grund wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten denn schon anders zeitigen? Dazu kommt noch, daß über mehrere Betriebe bereits die Konkurswalze hinweggerollt ist. Die Haupteinnahmequellen für die Gemeinde haben also zum größten Teil aufgehört zu fließen. Die Rücklagen der Gemeinde wurden von dem Unglücksmoloch „Währungsreform“ verschlungen.

Der Gemeinderat mußte sich in der vergangenen Woche mit dem Haushaltplan befassen, man kann annehmen, daß der Herr Herrmann ein Kopferbrechen erlitten hat. Im vergangenen Jahr wies der ordentliche Haushaltplan schon zirka 60 000 DM Fehlbetrag auf. Derselbe konnte jedoch ausgeglichen werden durch einen größeren Zuschuß aus dem Gemeindeausgleichsstock und einer weiteren Dotation, durch verschiedene Einsparungen, sowie durch Mehreinnahmen an Bürgersteuer. Im laufenden Rechnungsjahr dürfte dies aber kaum möglich sein. Der ordentliche Haushaltplan weist diesmal 386 000 DM Einnahmen gegenüber 465 000 DM Ausgaben auf. Die steuerlichen Hebesätze konnten nicht mehr höher gesetzt werden, da sie sowieso schon für A- und B-Grundstücke 200 Prozent, bei der Gewerbesteuer 220 Prozent und bei der Lohnsummensteuer 280 Prozent betragen.

Der große Fehlbetrag im Haushaltplan ist auch im wesentlichen auf die starke Kürzung des Holzhebesatzes von 3000 auf 150 Festmeter zurückzuführen. Der starke Rückgang der Grund- und Gewerbesteuern, erhöhte Landkreismulden und der bedeutend angestiegene Fürsorgeaufwand, sowie verschiedene im Lauf der langen Jahre notwendig gewordene Straßeninstandsetzungen belasten natürlich die Gemeinde in untragbarer Weise.

Bürgermeister Müller nahm dann noch

kurz Stellung zu der katastrophalen wirtschaftlichen Lage Blumbergs. Seinen Worten war zu entnehmen, daß auch bei der nur noch in geringem Umfang möglichen Steuererhöhung ein Ausgleich unmöglich ist, zu dem würde dies zu Härten führen, die zum gerechten Empfinden nicht mehr verantwortet werden könnten. Er ist aber auch der Meinung, daß man keine Schuldenwirtschaft betreiben dürfe, man müsse nun sehen, wie Blumberg aus dieser Misere wieder herauskäme. Eine Lösung könnte im wesentlichen nur erwartet werden, wenn die Landkreismulde herabgesetzt würde und ein entsprechender Zuschuß aus dem Gemeindeausgleichsstock gewährt würde.

... und in Baden-Baden Eintrittskarten für 25 DM

Baden-Baden. Während die werktätigen Schichten unseres Volkes nicht mehr wissen wie sie das nötige Geld für ihren Lebensunterhalt aufbringen sollen, werden in Baden-Baden große repräsentative Abendveranstaltungen im Kurhaus durchgeführt, zu denen eine Eintrittskarte 25 DM kostet. Hier in Baden-Baden, dem Eldorado der Kriegs-

und Währungsgewinner, und dem Zentrum der französischen Besatzungsmacht in Deutschland, werden jeden Tag Unsummen für repräsentative Feste und Feiern herausgeworfen, während über 1500 Arbeitslose im Arbeitsamtsbezirk Baden-Baden mit weniger als 100 DM mit ihren Familien leben müssen.

Erneut mißglückte Bürgermeisterwahl

Gaggenau. Die auf vergangenen Sonntag festgelegte und vom Stadtrat vollzogene Bürgermeisterwahl — dieses Mal in geheimer Abstimmung — verlief wiederum ergebnislos. Von 13 Stimmen entfielen in drei Wahlgängen auf den jeweiligen Kandidaten der SPD sechs, der CDU vier, der DP drei Stimmen. Es ist zu erwarten, daß erneut ein Bürgermeister von der Aufsichtsbehörde auf zwei Jahre eingesetzt wird.

Auf Grund der vorgesehenen Abänderung der Gemeindeordnung ist dann nach Ablauf von zwei Jahren von der Bevölkerung ein neuer Bürgermeister zu wählen.

Wie lang noch Freifahrt für Besatzung?

Baden-Baden. Der Baden-Badener Oberbürgermeister, Dr. Schlapper, bezeichnete als besonderes Merkmal für die gegenwärtige Verkehrslage die ungewöhnlich hohe Zahl der Besatzungsangehörigen und französischen Dienststellen, die die öffentlichen Verkehrsmittel ohne Vergütung benutzen. Der OB erklärte, daß es der Stadt nicht mehr zuzumuten sei, diese ungeheuren Besatzungslasten ohne finanziellen Ausgleich zu tragen. In den Jahren 1945 bis 1948 sei die Zahl der Verkehrsteilnehmer von 2,5 Millionen vor dem Krieg auf 15 Millionen gestiegen. Die Stadtverwaltung sei dadurch gezwungen gewesen, die veraltete Straßenbahn durch die modernen Obusse zu ersetzen. Der Umbau sei nur zum Teil fertiggestellt; für die endgültige Fertigstellung fehle aber das erforderliche Kapital, da die Stadt die erheblichen Freifahrten der Besatzungsangehörigen nicht vergütet erhalte.

Wildschweinschäden wachsen dauernd an

Neustadt. Die Klagen über den Wildschweinschaden wachsen dauernd an. In den am schwersten betroffenen Gegenden

Alle friedliebenden Deutschen müssen das Friedenstreifen der Jugend unterstützen!

Ist die Zahl der Frischlinge außerordentlich groß. In Anbetracht der Schäden, die der Landwirtschaft durch die Wildschweinschäden zugefügt werden, mutet es direkt lächerlich an, wenn die französische Militärregierung zum Abschluß der Wildschweine ganze 100 Flinten in der französischen Besatzungszone zur Verfügung gestellt hat. Im Interesse unserer Bauern muß gefordert werden, daß sobald wie möglich durch eine organisierte Aktion mit der Wildschweinschaden in Südbaden ausgeräumt wird.

Zweimal Päckchen

Von verschiedenen Stellen in Westdeutschland wurden und werden Aktionen ins Leben gerufen, die darauf abzielen, unter Hinweis auf die in der Deutschen Demokratischen Republik angeblich „darbenden Brüder und Schwestern“, Päckchen zu stiften, die nach Gutdünken von den betreffenden Stellen versandt werden. Wir wollen hier nicht auf die hintergründigen Absichten solcher Aktionen eingehen, aber im Zusammenhang damit verdient der Umstand Beachtung, welche Schwierigkeiten in Westdeutschland den Personen gemacht werden, wenn sie wirklich von sich aus ein Päckchen an Verwandte in der DDR abschicken wollen.

Rein äußerlich wird ihnen vorgeschrieben, solche Pakete mit dem Vermerk „Mit Inhaltsprüfung durch Finanzverwaltung einverstanden“ und mit dem weiteren Vermerk „Privat“ zu versehen und damit der amtlichen Schöfferei einen Freibrief auszustellen. Man bedenke, innerhalb Deutschlands, einem Deutschland, dessen westliche Grenzen dem Schmuggel ein gros und ein detail nach Belieben geöffnet sind, wird auf diese Weise in die in den meisten Fällen familiäre Beziehungen eingegriffen durch dieselben Autoritäten, die sich dort, wo wirkliche Aufgaben ihrer harren, für unzuständig erklären.

Wie das im einzelnen aussieht, darüber gibt eine Meldung in der „AZ“ Aufschluß. Darin heißt es, daß in Hof kürzlich ein Paket, das eine Frankfurterin an ihre Mutter in der DDR schicken wollte, beanstandet und nicht weiterbefördert worden war, weil der Vermerk „Privat“ fehlte. Die Grenzkontroll-

Aus dem Parteilieben

Offenburg. Am Freitag, 19. Mai, 20 Uhr, findet im Gasthaus zum „Grünen Baum“ die Generalversammlung der Wohngebietsgruppe Nord statt. Auf der Tagesordnung steht die Neuwahl der Parteilitung. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung erwarten wir die Teilnahme aller Mitglieder.

Baden-Baden. Am Freitag, dem 19. Mai, findet im Parteilokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Neuwahl der Leitung.

Rastatt. Am Freitag, dem 19. Mai, 20 Uhr, findet im Gasthaus zum Dyhlin die Mitgliederversammlung zur Neuwahl der Leitung statt.

Durmersheim. Am Samstag, dem 20. Mai, 20 Uhr, findet im Parteilokal die Mitgliederversammlung zur Neuwahl der Leitung statt.

Achtung, Landwirte und Kartoffelanbauer! Rastatt. Das Landwirtschaftsamt Rastatt teilt mit:

Am 14. Mai ist auf einem Kartoffelfeld in der Nähe von Rastatt, eine außerordentlich starke Invasion an Kartoffelkäfern festgestellt worden. Auf einer Fläche von etwa 80 qm Frühkartoffeln sind über 1200 Kartoffelkäfer gezählt worden.

Im Hinblick auf die große Gefahr raten wir sämtlichen Landwirten und kartoffelanbauenden Siedlern und Gartenbesitzern umgehend eine Besichtigung ihrer Kartoffelanlagen vorzunehmen und sich sofort mit den erforderlichen Bekämpfungsmitteln zu versehen. Zur Bekämpfung sind bestens geeignet „Staub-Gesaro“ und „Hexamittel“, die bei den Samenhandlungen und Landwirtschaftlichen Genossenschaften erhältlich sind.

Donauschinger Marktbericht

Donauschingen. Zu dem am 13. Mai in Donauschingen stattgefundenen Schweine- und Ferkelmarkt waren insgesamt 395 Tiere aufgetrieben. Von den 375 Ferkeln und 20 Läufern wurden 30 Prozent, bei sehr lebhaftem Handel abgesetzt. Für Ferkel wurden Preise von 100–130 DM je Paar, für Läufer 100–180 DM für das Stück bezahlt. Maschine 2

Villingen Polizeibericht

Villingen. Wegen Einbruch, Diebstahl und Unterschlagung gingen in der Zeit vom 1. bis 10. Mai zehn Anzeigen bei der Kriminalpolizei Villingen ein. Dabei gerieten in Verlust ein Volkswagen, Geldbeutel, Koffer, Bekleidungsgegenstände und Fahrräder.

„Das Lager der Hoffnungslosen“

„Das Lager der Hoffnungslosen“, unter dieser Überschrift veröffentlichte der „Südkurier“ in Konstanz vor einigen Tagen eine Reportage über das Anwerbelager für die Fremdenlegion in Offenburg. Täglich werden dort junge deutsche Menschen für die Schlachtfelder Indochinas angeworben, um für fremde Interessen gegen die vietnamesische Freiheitsbewegung zu kämpfen. 100 pro Woche nennt der „Südkurier“ in seinem Bericht die Zahl, die verschickt wird. Andere Meldungen besagen, daß es wöchentlich 300 sind.

Für jeden ehrlichen Deutschen ist diese Meldung alarmierend. Fünf Jahre, nachdem die letzten Söhne in sinnlosem Morden gefallen sind, gibt es in Westdeutschland die Möglichkeit, aufs neue in den Krieg zu ziehen. Getrieben von Not und Elend, die dank der Kolonialpolitik der Westmächte in Westdeutschland herrschen, wandern junge Deutsche über die Fremdenlegion ins Massengrab.

Die Reportage des „Südkurier“ zeigt die Ursachen für die Entscheidung dieser bedauernswerten Menschen, sich von der Fremdenlegion anwerben zu lassen. deutlich auf: „Ein beliebtes Betätigungsfeld für die Werber sind die Stellenvermittlungen der Arbeitsämter. Hier sind, besonders in den Arbeitslosenzentren, die Not und die Trostlosigkeit daheim...“ Heißt das, daß deutsche Stellen, die Arbeitsämter, etwa noch die Werbung deutscher Jugendlicher für das Massengrab unterstützen? Wir fordern dringend Auskunft darüber!

Auch der Fall, der Anlaß zur Reportage des „Südkurier“ gibt, ist typisch: Ein 17-jähriger Junge wurde von der Kriminalpolizei Offenburg geschnappt. Er wollte in die „Legion“, war aber nicht angenommen worden, weil er noch zu jung sei und sich nicht, wie andere, einen falschen Paß besorgt hatte. Ueber die Gründe, warum er

zur Legion wollte, befragt, gibt er an, er habe einen Diebstahl begangen, wollte eine zeitlang verschwinden und dachte, nach vier oder fünf Jahren Indochina sei die ganze Sache verjährt. Ein kleiner Diebstahl treibt diesen Jungen in ein mörderisches Klima, wovon er mit großer Wahrscheinlichkeit nie mehr zurückkommen wird. Und wer weiß — wieviele kleine Diebstähle werden heute aus Not begangen! Auch er ist also ein Opfer der katastrophalen Politik, die in Westdeutschland hunderte Tausende von Jugendlichen arbeitslos und „hoffnungslos“ macht.

Der „Südkurier“ schreibt weiter: „Offenburg ist ein unruhiges Pflaster geworden, seitdem die Franzosen hier den einzigen Umschlagplatz für Menschenmaterial aus Deutschland eingerichtet haben.“ Der Kriminalinspektor G. meinte laut „Südkurier“ sogar: „Ueber 60 Prozent der Kerle, die sich anwerben lassen, müßten von Rechts wegen hinter Schloß und Riegel.“

Die geschilderten Zustände werfen ein treffliches Bild auf die katastrophalen Verhältnisse, in denen heute die Jugend Westdeutschlands lebt: arbeitslos geworden durch die Kolonialpolitik der Westmächte, für deren Durchführung Adenauer willig die Hand reicht, verlieren sie jede Hoffnung und sehen keinen anderen Ausweg mehr als die Landknechtsgegnung: „Zu fressen und zu saufen, und morgen vielleicht tot.“ In Lager kommen sie dann zusammen mit kriminellen Elementen, und die bringen ihnen noch bei, was sie bisher nicht gekannt haben. Selbst wenn sie zurückkommen, sind sie als brauchbare Glieder einer menschlichen Gesellschaft meist verloren.

Aber eine deutsche Regierung, die ihrer Jugend diesen Weg gehen läßt, trägt dafür die Verantwortung! Jeder Deutsche trägt sie mit, denn er kann dazu beitragen, daß diese Regierung verschwindet und einer Re-

gierung einer gesamtdeutschen Demokratischen Republik Platz macht, in der die Jugend eine Zukunft hat.

Daneben aber muß mit allen Kräften dafür gekämpft werden, daß die Anwerbung für die Fremdenlegion auf deutschem Boden verboten wird, daß die Legionärslager aus Deutschland verschwinden. Für die Offenburg Polizei ist es längst kein Geheimnis mehr, daß sich die Kriminalität in ihrem Bereich stark erhöht hat, seit das Lager besteht. Die Anwesenheit der Legionäre muß als eine Infektionsquelle für das ganze Gebiet wirken.

Deshalb gilt gerade für die Offenburg mehr denn je, gemeinsam mit allen Kräften die Aufhebung des Fremdenlegionslagers und das Verbot für die Anwerbung zu verlangen.

Auf eine kommunistische Anfrage im Landtag hat die badische Regierung erklärt, daß sie keine Möglichkeiten habe, die Werbung zu verbieten. Jeder ehrliche Deutsche aber muß verlangen, daß sie alle Schritte unternimmt, erstens um die deutsche Jugend vom Verderben auf dem Schlachtfeld zu retten und zweitens, um Offenburg von den kriminellen Elementen, die durch das Lager angezogen werden, zu befreien.

Achtung, Freiburger Berlinfahrer! Letzte Aussprache über das Deutschlandtreffen

Am Samstag, dem 19. Mai, findet um 16 Uhr im Haus der Jugend (Rottkecksplatz, ehem. Ernährungsamt) der letzte Aussprachetreff für alle Teilnehmer am Deutschlandtreffen aus Freiburg statt. Wir bitten alle Deutschlandtreffen-Teilnehmer und alle interessierten Freunde, pünktlich anwesend zu sein.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

24 Fortsetzung

Er setzte sich auf, ließ die Beine auf das Bärenfell herabhängen und sah sich um. Im Zimmer war es dunkel, nur durch ein kleines Loch im dicken Vorhang drang ein Lichtstrahl. In der Finsternis sah er wie ein glänzender Faden aus, der sich von dem einzigen Fenster zu dem an der gegenüberliegenden Wand stehenden Schaukelstuhl zog.

Als Mr. Thomson diesen leuchtenden Faden sah, wurde er plötzlich wütend. „Oh, diese Leute! Goddam! In zwanzig Jahren kann man es ihnen nicht beibringen! In dieser Zeit würde es ein Seehund befragen“, brummte er böse. Er blieb auf dem Bett sitzen und rief ins Dunkle: „Me!“

Eine Frau von mittleren Jahren betrat

das Zimmer. An die Anordnung ihres Mannes gewöhnt, ging sie im Dunkeln, wie eine Zieselmaus in ihrem Loch, leise auf das Fenster zu. Als sie aber den Vorhang zurückziehen wollte, sagte ihr Mann:

„Warte! Laß den Vorhang! Siehst du das kleine Loch, durch das das Licht in mein Zimmer dringt?“

„Ja.“

„Das ist keine Ordnung! Ich will nicht, daß mein Schlaf gestört wird. Du achtest schlecht darauf, was in meinem Hause vorgeht“, sagte Mr. Thomson unzufrieden.

Rultyna schweig und hörte folgsam den Verweis ihres weißen Mannes an. Sie konnte aber nicht verstehen, was Charlie wollte. Hatte er denn nicht gesehen, wie die richtigen Menschen auch im Schnee schliefen oder auf dem Hundeschlitten, selbst bei hellem Sonnenlicht?

„Jetzt kannst du den Vorhang zurückziehen“, sagte Mr. Thomson.

Strahlendes Licht strömte durch das kleine Fenster in das enge, niedere Zimmer. Hier standen ein Bett, ein Tisch, ein selbstverfertiger Bücherschrank und zwei Stühle. In der Ecke neben dem Schaukelstuhl glänzte auf einer Kiste ein Grammophon mit einem riesigen Schalltrichter, das sonntags aufgezogen wurde.

Auf dem obersten Brett des Bücherschranks lagen Bücher von Jack London und die nachgelassenen Schriften von Wedsley, auf dem mittleren und untersten Brett Haften amerikanischer Zeitungen und Zeitungsblätter. Alle Blätter und Journale waren ein Jahr alt. Im vorigen Sommer hatte sie der Schoner mit den überseeischen Waren gebracht, und sie bildeten die geistige Nahrung Mr. Thomsons. Zeitungen und Zeitungsblätter waren nach Monaten und Nummern geordnet. Mr. Thomson las darin, als habe er soeben die letzte Post erhalten. Er

nahm immer die Zeitung des jeweiligen Tages, nur daß sie schon ein Jahr alt war. Mr. Thomson hatte die Möglichkeit, voranzuziehen, aber er war beherrscht von Natur und gestattete sich nicht, sich vorzeitig für die letzten Nachrichten zu interessieren. Er war genau ein Jahr hinter dem Leben der zivilisierten Welt zurück.

Sein kleines Haus, das er selbst aus Kisten gezimmert hatte, wäre leicht durch ein richtiges zu ersetzen gewesen. Er hätte nur den Wunsch zu äußern brauchen, und die Firma, mit der er in geschäftlicher Beziehung stand, hätte ihm das Haus mit dem nächsten Schiff geschickt.

Warum aber? Wollte er den ewig hierbleiben? Und genügte ihm allein denn nicht dieses kleine Zimmer? Weshalb sollte er leichtsinnig Dollars verschwenden?

Mr. Thomson lag im Schaukelstuhl und rauchte seine Pfeife. Dann stand er schwerfällig auf und ging auf den handgeschriebenen Kalender zu. Er strich das gestrige Datum, den 16. Mai 1923, aus. Die Pfeife hatte er in die Brusttasche seines karierten Hemdes gesteckt. Jetzt zog er die Zeitung vom 17. Mai 1922 hervor.

Aus dem Vorrat, in dem seine Familie wohnte, betrat seine Frau zum zweitenmal das Zimmer. Sie stellte die Kaffeekanne, Bacon, weißes, auf einer „Blitzlampe“ gebackenes Brot und Zucker auf den Tisch und entfernte sich.

Mit der „frischen“ Zeitung in der Hand setzte sich Mr. Thomson an den Tisch. Er wußte noch nicht, was ihm diese Zeitung aus der zivilisierten Welt mitteilen würde. Er wußte noch nicht, was genau vor einem Jahr in dem Land geschehen war, wo die Geschäftsleute nicht ruhig schlafen können.

Freilich, alles, was er jetzt erfahren würde, war den Seeleuten schon im vergangenen Juli bekannt gewesen. Sie wußten aber, daß

Mr. Thomson absichtlich ein Jahr zurückbleiben und es nicht mochte, Neuigkeiten vorzeitig zu erfahren. Ja, er hatte den Matrosen sogar verboten, ihm von den Begebenheiten des vergangenen Jahres zu erzählen. Das Leben mußte seinen gleichmäßigen Gang gehen und durfte keine Sprünge machen.

Mr. Thomson trank den dritten Becher mit Kaffee „Corona“, während er seine Zeitung las. Plötzlich stieß er mit dem Porzellanbecher auf den Tisch, ließ die Zeitung auf die Knie fallen und nahm die Hornbrille ab. Mit einem Zipfel seines karierten Hemdes rieb er seine Gläser ab und setzte die Brille rasch wieder auf.

Ueber den Tisch gebeugt, las er gespannt noch einmal die Stelle, die ihn so überrascht hatte. Seine Finger verkrallten sich in die Zeitung. Sein Gesicht erstarrte. Endlich schob er die Zeitung zurück, sprang vom Tisch auf und ging im Zimmer auf und ab, während er aufgeregt mit der Pfeife gestikulerte.

„Goddam! Was für eine Nachricht! Oh, was für eine Nachricht, goddam!“

Mr. Thomson lief im Zimmer hin und her und stopfte im Laufen seine Pfeife mit „Prince Albert“. Er zündete sie an, paffte aufgeregt und beugte sich dann wieder über die Zeitung. In der Notiz hieß es, daß die Sowjetregierung der North Company die Konzession für den Handel mit der Bevölkerung von Kamtschatka, der Tschuktschenhalbinsel und des Gebietes von Anadyr übertrage. Zur Durchführung des Handels würden Bürger angeworben, die die russische Sprache beherrschten und Motorboote lenken könnten.

Keine Nachricht, nicht einmal die Nachricht von der Revolution in Rußland hatte Mr. Thomson in den letzten zwanzig Jahren so aufgebracht wie diese.

„North Company! Das ist ja ein solcher

Hai: da wird kein kleiner oder mittlerer Kaufmann mehr leben können!“

„Mr. Thomson paffte wütend und rief, als wolle er sich selber warnen:“

„Oh, man muß die North Company kennen! Wie grausam hat sie selbst die größten und tüchtigsten Kaufleute an den Ufern des Hudson verdrängt und ruiniert!“

Mr. Thomson war von der ungewohnten geistigen Anstrengung erschöpft. Er hob die Zeitung wieder auf und ließ sich erneut schwer in den Schaukelstuhl fallen.

Nachdem er die erregende Notiz erneut gelesen hatte, warf er die Zeitung auf den Boden, und sein Kopf mit den spärlichen roten Haaren sank auf die Lehne des alten Schaukelstuhls zurück.

Jetzt war ihm die Lust vergangen, von hier fortzufahren. Schon aus Trotz würde Mr. Thomson dieses Land keinem überlassen.

„Oh, ich werde es schon schaffen!“

Aber bei dem Gedanken, daß die North Company hier eindringen würde, befiel ihn ein Zittern. Er kannte die teutschen Methoden dieser Gesellschaft. Dieser Riesenfirma mit ihrer eigenen großen Flotte war es eine Kleinigkeit, Kundschaft zu gewinnen. In der ersten Zeit steckte die North Company Verluste ein, und danach machte sie durch die verschiedensten finanziellen Verfahren Geld.

„Me!“ brüllte Mr. Thomson.

Und als seine Frau auf diesen Schreischreien hereinkam, schrie er:

„Whisky!“

Rultyna brachte schnell eine Flasche Whisky. Am Morgen, nach dem Kaffee, hatte Charlie noch nie getrunken. Rultyna konnte sich an solch einen Fall in den zwanzig Jahren ihres Zusammenlebens mit Charlie nicht erinnern. Das Gebahren ihres Mannes beunruhigte sie sehr. Sie glaubte, daß Charlie verrückt werde.

Ein Zauberstück vom Dr. Ley bei Mahle

Mahles „Betriebskollegium“, ein Werkzeug des Unternehmers — Betriebsrat und Gewerkschaft sollen ausgeschaltet werden

Stuttgart. (Vst.) Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Mitbestimmung der Werkstätten zu verhindern. Vor allen Dingen sind sie bemüht, die wirkliche Vertretung der Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft, auszuschalten, um den alten Herr-im-Hause-Standpunkt wieder in Geltung bringen zu können. Daß sie sich dabei nicht genieren, die Methoden der Arbeitsfront unerseligen Angedenkens wieder aufleben zu lassen, zeigt das Beispiel der Firma Mahle in Stuttgart, welches unser Stuttgarter Schwesterblatt „Volkstimme“ schildert. Wir bringen diesen Artikel im Wortlaut, weil er weit über die lokale Bedeutung hinausgeht und der gesamten Arbeiterklasse zeigt, wie wachsam sie sein muß, um die reaktionären Mächtschaften der Unternehmer scheitern zu lassen.

Die Betriebs- und Geschäftsleitung der Firma Mahle in Stuttgart-Bad Cannstatt erwägt seit längerer Zeit die Errichtung eines sogenannten Betriebskollegiums. Vor kurzem erhielten nunmehr die Arbeiter in ihren Lohnzettel „Richtlinien zur Begründung eines Betriebskollegiums zwecks Herbeiführung eines innerbetrieblichen sozialen Ausgleichs“.

Die Richtlinien lassen offen erkennen, daß sich die Betriebsleitung mit dem Betriebskollegium ein Instrument schaffen will, das den Betriebsrat und die Gewerkschaft ausschaltet und der Direktion den Weg zur Verfolgung ihrer eigennützigen Interessen ebnet.

Die Belegschaft wird sich durch dieses Manöver nicht verwirren lassen, sondern bei der bevorstehenden Betriebsratswahl die Gewerkschaftler in den Betriebsrat wählen, die konsequent und unbestechlich für sie eintreten.

Dr. Ley kehrt zurück
Mit der Schaffung des Betriebskollegiums wird beabsichtigt, Spannungsverhältnisse rechtzeitig auszugleichen, verkündet die Direktion in den Richtlinien. Wer erinnert sich da nicht an die „Betriebsgemeinschaft“ der Deutschen Arbeitsfront? Noch deutlicher wird die Betriebsleitung mit dem Satz: „Der Betriebsrat in seiner bisherigen Zusammensetzung kann die vorgeschriebenen Aufgaben bis jetzt noch nicht erfüllen, da er ... in der Hauptsache die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten hat.“

Die Mehrheit, die der Unternehmer braucht Das „Betriebskollegium“ soll also somit nicht den Arbeitern, sondern vor allen Dingen der Betriebsleitung zur Wahrnehmung ihrer Interessen zur Verfügung stehen. Die beabsichtigte Zusammensetzung des BK befähigt die denn auch. Ein Drittel der Mitglieder des BK soll aus Angehörigen

der Betriebs- und Geschäftsleitung bestehen. Ein weiteres Drittel aus Angestellten und Meistern der kaufmännischen und technischen Abteilungen. Der Rest soll von Facharbeitern und Hilfsarbeitern gestellt werden. Da es sich bei dem zweiten Drittel meistens um Angestellte und Meister handelt, die durch ihre Stellung stark an die Betriebsleitung gebunden sind, kann diese bei allen eventuellen Abstimmungen die Mehrheit erringen. Sollte ein Belegschaftsmitglied im BK unbenommen werden, ist die Betriebsleitung durch die ihr zur Verfügung stehende Zweidrittelmehrheit jederzeit in der Lage, dieses Mitglied aus dem BK auszuschließen. Die Mitglieder des BK werden nicht gewählt, sondern von der Geschäftsleitung und den „Arbeitsbereichen“ benannt. Wie bei der Abberufung kann die Betriebsleitung auch über jede Aufnahme ins BK entscheiden. Es ist selbstverständlich, daß sie nur Belegschaftsmitgliedern Zutritt zum BK gewähren wird, die den Interessen der Betriebs- und Geschäftsleitung nicht hinderlich sind.

Betriebs-Kirchhofsrufe
Interessant ist weiter der folgende Satz, der den Richtlinien entnommen ist: „Irgendwelche Streitigkeiten im Betrieb ... wird das Betriebskollegium im allgemeinen Interesse des Betriebes schiedsrichterlich auszugleichen versuchen.“ Was heißt das? Alle Regungen der Arbeiter um höheren Lohn oder bessere Arbeitsbedingungen können von der Betriebsleitung als „Streitigkeiten“ bezeichnet und dem BK zur Entscheidung übergeben werden. Zu wessen Gunsten sie „geschlichtet“ werden, kann aus der Zusammensetzung des BK ersehen werden. Daß der vorgesehene Schlichtungsausschuß keine andere Besetzung haben wird, braucht nicht angezweifelt zu werden. Er soll verhüten, daß laut den „Richtlinien“ außerbetrieb-

liche Instanzen in Anspruch genommen werden müssen. Das heißt also, der famose Schlichtungsausschuß soll verhindern, daß sich die Belegschaft zur Wahrnehmung ihrer Interessen an die Gewerkschaft wendet, die damit ebenso wie der Betriebsrat ausgeschaltet werden soll.

Den Betriebsräten und der Gewerkschaft soll jede Möglichkeit genommen werden, die Rechte der Arbeiterschaft zu vertreten, das ist das Ziel des Betriebskollegiums Gerade deshalb heißt heute die Lösung bei der Firma Mahle: Kein Betriebskollegium benennen, sondern einen Betriebsrat wählen, der unbestechlich und selbstlos für die gesamte Belegschaft eintritt. Ein Arbeiter hat der Firma bereits eine gebührende Antwort erteilt, als er sagte: „Man hätte uns statt den „Richtlinien“ eine Mark mehr in die Lohnzettel geben sollen, das wäre besser gewesen.“

Schlägerei mit Amerikanern
Weinheim. Eine folgenschwere Schlägerei entstand in der Nacht zum Montag an der Ecke Marktplatz-Hauptstraße, an der sich drei amerikanische Besatzungsangehörige und ein deutscher Zivilist beteiligten. Die Auseinandersetzung nahm derartige Formen an, daß der Deutsche von den amerikanischen Soldaten mehrere Schläge ins Gesicht versetzt bekam und ferner Handverletzungen davontrug. Erst die daraufhin verständigte MP konnte der Schlägerei ein Ende bereiten und nahm alle Beteiligten mit nach Mannheim zur Klärung der Schuldfrage.

Da auch Weinheim das „Glück“ besitzt, in seinen Mauern noch die Segnungen amerikanischer Demokratie zu verspüren, wäre es

Deine Unterschrift für den Frieden

höchst verwunderlich, wenn es dort anders wäre, als in den übrigen Städten der US-Zone.

Eine weitere Schlägerei zwischen Deutschen und Ausländern entstand in einer hitzigen Wirtschaft, wobei es gleich derart heftig zugeht, daß einer der Beteiligten mit erheblichen Gesichtsverletzungen vorübergehend das Krankenhaus aufsuchen mußte.

Was der Krieg an unseren Kindern tat

Ernährungsschäden und ihre Folgen

Mannheim. Wir haben es unternommen, von den zuständigen Instanzen im Staatlichen Gesundheitsamt Mannheim einiges Material über den Gesundheitszustand zunächst der Volksschüler im Alter von sechs bis 14 Jahren zu bekommen. Obwohl sich der Vertreter der Schulärztlehre hier sehr zurückhaltend zeigte und sich in vorsichtigen, allgemeinen Formulierungen im großen und ganzen erging, konnten wir doch herausbekommen, wo unsere Kinder der Schuh drückt bzw. wie viel ihnen zur normalen Gesundheit fehlt.

Typische Erscheinungen bei den Kindern dieser Generation sind die durch die jahrelange Hungerkur verursachten Ernährungsschäden, die sich in eine schlecht entwickelte, schlaffe Muskulatur und in den sogenannten Haltungsschäden (schlechte Haltung) zeigen, ferner in den Schäden im „Bandapparat“ zumal in den Füßen, durch allgemein beobachtete Neigung zu Senk- und Spreizfuß. Als Folgen der Bombennächte, deren Schrecken sie ja zum Teil schon bewußt erlebt haben, sind nervöse Erscheinungen und auch dadurch bedingte Störungen im Verdauungsapparat vorhanden. Man hört mit einigem Befremden, daß unter den Kindern sogar eine gewisse Appetitlosigkeit beobachtet werde, als deren Ursache die schulärztliche Stelle die seit der Währungsreform verbesserte Nahrung ansieht, da der in den Kriegs- und Nachkriegsjahren halb verhungerte Nachwuchs in den ersten Monaten der verstärkten Lebensmittelanfuhr „übermäßig gegessen“ habe.

Das klingt sehr schön und man denkt dabei unwillkürlich an die Kinder der Körperbeschädigten und Hinterbliebenenfrauen, die bei den Hungerrenten ihrer Eltern wohl kaum zu übermäßigen Speisegößen gelangen können. Wie die schulärztliche Stelle weiter mitteilt, sind von den landläufigen Kinderkrankheiten bei Kleinkindern, also Scharlach, Masern und Diphtherie, die letztgenannte durch die Schutzimpfungen fast ausgerottet. Wie man weiter hört, haben sich Scharlachfälle in jüngster Zeit wieder gehäuft, im großen und ganzen aber habe die moderne Therapie (Heilwissenschaft) diese Krankheitserscheinungen auf ein erträgliches Maß reduziert.

Angesichts der Tatsache, daß Mannheim den traurigen Ruf genießt hinsichtlich der Tuberkuloseerkrankung an der Spitze im goldenen Westen zu liegen (auf je 1000 Ein-

wohner kommen 20 Tb-Fälle), liegt die Vermutung nahe, daß auch die Kinder von dieser Volksseuche stark erfaßt worden sind. Der Leiter der Lungenfürsorgestelle im Gesundheitsamt entkräftete diesen Hinweis unseres Mitarbeiters mit dem Bemerkung, daß die Kinder tuberkulöser Eltern im Organismus einen Abwehrstoff entwickeln, der sie vor Ansteckung schützt. Die statistischen Feststellungen der Lungenfürsorge im Juni 1947, als die Welle der Tb-Erkrankungen in Mannheim auf höchste angestiegen war, ergaben bei Kindern vom Säuglingsalter bis zu 15 Jahren 736 Tb-Fälle. Nach den letzten Erhebungen vom 1. April 1950 ist die Zahl der tuberkulösen Kinder auf 449 abgesunken.

Trotz allem ärztlichen Optimismus ist der Gesundheitszustand der Kinder der Werkstätten außerordentlich labil und Zahlenballistik beweist noch nichts. Arbeitslosigkeit, Flüchtlingselend, staatliche Almosen für Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen, kurz die soziale Not, wirkt sich für die Kinder im goldenen Westen verberlich aus.

Ausschreitungen amerikanischer Soldaten
Mannheim. Ausschreitungen amerikanischer Besatzungssoldaten sind an der Tagesordnung und reißen nicht ab. Neben Überfällen auf Taxifahrer, die ihres Lebens oder ihrer Gesundheit und Totschlag häufen sich gemeine Babereien, mutwillige Sachbeschädigungen und Herausforderungen deutscher Menschen, die meist in Schlägereien mit mehr oder minder ernststen Folgen enden.

Wie der Polizeibericht meldet, wurde vorgestern in einer Feudenheimer Wirtschaft durch amerikanische Soldaten aus purem Mitleid eine Glasvitrine zerschlagen. Zwei zur Hilfe gerufene deutsche Polizeibeamte wurden von einer Gruppe von acht bis zehn Besatzungssoldaten angegriffen und im Gesicht verletzt. Durch dieses hervorragende Heldentum der Amerikaner sahen sich die Polizeibeamten genötigt, ihrerseits Verstärkung herbeizurufen, die dann mit der inzwischen auf 15 Mann angewachsenen Gruppe der Amis in eine Schlägerei geriet, bei welcher ein weiterer deutscher Polizeibeamter leichte Verletzungen erlitt. Im Verlaufe der wüsten Keilerei kamen natürlich auch ein paar Amerikaner zu Schaden, da deutsche Polizeibeamte ebenfalls ihre Fäuste zu gebrauchen wissen.

Die erste Runde um die DFB-Meisterschaft

Süddeutschland hat 6 Eisen im Feuer — Reutlingen erstmalig dabei

Die erste Runde in der DFB-Meisterschaft — da die Meister aus der DDR nicht mit dabei sind, kann man ja von einer deutschen Fußballmeisterschaft nicht sprechen — bringt kein volles Programm. Das für Kiel vorgesehene 3. Spiel zwischen dem HSV und dem Zweiten von Berlin, voraussichtlich Union Oberschöneweide, mußte wegen der Amerikareise des HSV und den beiden Ausscheidungsspielen in Berlin auf Pfingstsonntag verlegt werden und ob das Spiel in Braunschweig zwischen St. Pauli und dem Dritten von Südwest am 21. Mai stattfinden wird, ist auch noch ungewiß, da ja erst am Mittwoch der Ausscheidungskampf zwischen Wormatia und Neudorf stattfinden konnte.

Von den vier Vertretern der süddeutschen Oberliga dürften drei mit ziemlicher Sicherheit in die nächste Runde hineinkommen. Der süddeutsche Meister Spielvereinigung Fürth ist in einer so vorzüglichen Form, daß er den westdeutschen Vierteln, Horst-Emscher, sicher schlagen wird. Die „Emscher Husaren“ können zwar auf Siege über Borussia und Schalke in den Meisterschaftsspielen hinweisen aber im Wormser Stadion werden sie gegen die Lieblinge der süddeutschen Fußballgemeinde nicht aufkommen. Auch der „Amtsvögler“ der Fürther, der Exmeister Offenbacher Kickers, wird in München die erste Hürde ziemlich glatt nehmen. Berlins Meister Tennis Borussia hat noch daheim zu wenig Schulung in schweren Spielen und da die durchschnittliche Spielstärke in der süddeutschen Oberliga um gut eine halbe Klasse über der von Berlins Stadtliga stehen dürfte, so wird der süddeutsche Meister auch einen entsprechenden Sieg über den Berliner Meister davontragen. Süddeutschlands Zweiter, der VfB Stutt-

gart, muß nach Köln, wo er auf den norddeutschen Zweiten trifft. Der VfL Osnabrück ist ein noch unbeschriebenes Blatt in den DFB-Endspielen und neue Besen kehren bekanntlich gut. Der VfB Stuttgart hat in den letzten Wochen in seinen Leistungen erheblich geschwankt. Den Siegen über VfR Mannheim und Burnley stehen Niederlagen gegen VfB Mühlburg und die Offenbacher Kickers gegenüber. Wir glauben aber doch, daß die größere technische Reife der Stuttgarter ihren Sieg verbürgt.

Meisterschaftsrevanche wurde offiziell
Der VfR Mannheim hatte seinem Gegner im Endspiel eine private Revanche zugesagt, doch konnte die Zusage infolge Terminschwierigkeiten nicht eingehalten werden. Nunmehr ist diese Meisterschaftsrevanche „offiziell“ gemacht worden und sie wird am kommenden Sonntag in Gladbeck als Vorrundenspiel auf neue Rechnung übertragen. Ob die spielleitende Behörde, die die Gegner der Vorrundenspiele bestimmte, dem Zufall etwas nachgeben hat, als sie den süddeutschen Vierteln als Gegner des westdeutschen Meisters bestimmte? Auf jeden Fall hat sie damit erreicht, daß einer der beiden Endspielgegner von 1949 beim diesjährigen Endspiel nicht dabei sein kann sondern bereits in der Vorrunde seine Hoffnungen begraben muß. Wer wird ausscheiden müssen, der Titelverteidiger VfR Mannheim oder der Unterlegene von Stuttgart? In Mühlburg wird der in der gewohnten Mai-Krise befindliche 1. FC Kaiserslautern mit dem stämmigen kamperproben Essener wohl nicht fertig werden und ebenso wird auch der Zweite von Südwest, SSV Reutlingen, in Koblenz vom westdeutschen Zweiten Preußen Delbrück ausgeschaltet

werden. Sollte das Spiel in Braunschweig nicht verschoben werden, so wird auch der dritte Vertreter von Südwest, abgekämpft wie er sein wird, von St. Pauli aus dem Rennen geworfen.

ASV Freiburg, Abt Schwerathletik, gegen SV, Haslach 3:5

Hart und zäh wurde von Anfang bis Schluß um den Sieg gekämpft. Im Fliegen-gewicht mußte der Jugendringer Rolf Beck nach 3 Min. durch Schulterfall eine Niederlage einstecken. Das Bantamgewicht konnte Lucian Beck nach einem lebhaften über die volle Ringzeit gehenden Kampf für sich ent-

scheiden und damit die ersten Punkte für ASV buchen. Das Federgewicht fiel wieder an Haslach, da Vondersträß in der 6. Min. Selbstwurf beging. Auch im Leichtgewicht mußte Rottmann, der klar im Punktvorsprung war, nach 9 Min. eine Niederlage hinnehmen. Keller, der als Ersatzmann im Weltergewicht stand, verlor nach 10 Min. durch Kopfzug. Im Mittelgewicht verlor der jugendliche Mathis durch Untergriff von hinten. Zeller im Halbschwergewicht fertigte seinen Gegner durch Hüftschwung nach einer Minute ab. Auch Waizmann im Schwergewicht erledigte seinen Gegner nach 3 Min. durch Hüftschwung. Kampfleiter Stadelbacher, St. Georgen, leitete die Kämpfe einwandfrei.

Sportliches Allerlei
Die schwedische Handballmannschaft IFK Lidingsö-Stockholm unterlag am Dienstag

im dritten Spiel ihrer Deutschlandreise gegen den norddeutschen Oberligavertreter Rotweiß Braunschweig mit 10:11 (6:5) Toren. Die Schweden hatten gegen Hassee-Winterbeck in Kiel mit 6:9 verloren und gegen TSV Helmstedt mit 15:5 gewonnen.

Die Fußballer der ZSG Industrie Leipzig wurde zu einem Freundschaftsspiel gegen den FC Sokol Technomat am 21. Mai nach Teplitz eingeladen.

Die Meisterschaftswertung der 500-cm-Klasse hat nach dem zweiten Lauf folgendes Aussehen: Krauß, München, 9 Punkte. Fleischmann, Amberg, Hans Meier und von Loewis je 6 Punkte, Fuß, Baden-Baden, Eberlein, Katzwang 5 Punkte, Rührschneck und Georg Meier je 4 Punkte, Zwolle 3 Punkte, Nitschky, Karlsruhe, 2 Punkte, Kellner Schotten, 1 Punkt.

Deutsches Olympisches Komitee vorläufig anerkannt

Entscheidung im August in Lausanne — Bedenken gegen Halt und Dr. Diem

Nach der Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees (Cio) in Kopenhagen wurde verlautbart: „Gemäß den Grundsätzen, wie sie vom Wiedererwecker der Olympischen Spiele im Jahre 1894 festgelegt wurden und nach denen es das Ziel der Olympischen Spiele ist, die Jugend der ganzen Welt in friedlichem Wettstreit zu vereinen, hat das Internationale Olympische Komitee das neugegründete Olympische Komitee der deutschen Bundesrepublik vorläufig anerkannt. Das nationale olympische Komitee der deutschen Bundesrepublik wird eingeladen werden, einen Delegierten zu entsenden, der mit dem Exekutivsausschuß der Cio über eine zukünftige Beteiligung an den Olympischen Spielen beraten wird. Die Verhandlungen sollen im August in Lausanne stattfinden.“

Im Anschluß an die Pressekonferenz erklärte der Generalsekretär des Cio, Otto Mayer, (Schweiz), einem dpa-Vertreter, daß der Kongreß nach stundenlangen Beratungen zu dem Entschluß gekommen sei, keine

Bedingungen für eine Wiederaufnahme Deutschlands zu formulieren, sondern zunächst die Besprechung mit einer deutschen Delegation in Lausanne abwarten wolle. Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ hatte in einem Artikel über die Wiederaufnahme Deutschlands festgestellt, daß das Cio mit dem Herzog von Mecklenburg, Ritter von Halt und Dr. Diem als Mitglieder des deutschen olympischen Komitees nicht einverstanden sei.

Das amtliche Cio-Kommunique bestätigt ferner die Aufnahme des japanischen nationalen olympischen Komitees in das Cio. Ueber eine Beteiligung Japans an den olympischen Spielen in Helsinki soll allerdings erst auf dem nächsten Jahreskongreß beschlossen werden, der entweder in Wien oder in Alexandrien stattfinden soll.

Mit 25 gegen 5 Stimmen lehnte das Cio eine Änderung der Amateurbestimmungen ab. Das Komitee steht auf dem Standpunkt, daß eine so wichtige Bestimmung nicht knaß zwei Jahre vor den Winterspielen

geändert werden könne. Die Militärpatrouille, die bisher als „Vorführungswettbewerb“ innerhalb der Winterspiele abgehalten wurde, ist vom Programm gestrichen worden.

Als Termin für die Olympischen Spiele 1956 in Melbourne wurde die letzte Oktober- und erste Novemberwoche festgelegt. Da die Spiele 1956 erstmalig auf der südlichen Halbkugel stattfinden, machte die Terminfestlegung einige Schwierigkeiten. Der zunächst vorgeschlagene Monat September lag für Australien zu früh, während der von gastgebenden Land vorgeschlagene Monat Dezember für die Teilnehmer der nördlichen Hemisphäre, nicht annehmbar war.

Nach einem Bericht des Organisationskomitees für die Winterspiele 1952 in Oslo sind im Programm die Sportarten Ski, Eislauf, Bobrennen und Eishockey vertreten. Generalsekretär Otto Mayer erklärte hierzu, daß das Cio Eishockey nur als Amateursport zulassen könne.

Jetzt wird der Schluß gemacht

Am Donnerstag (Himmelfahrt) und am Sonntag ist Südliga-Kehraus

Die überaus lange Meisterschaftssaison in der Südliga soll nun mit Macht dem Ende zugeführt werden. Deshalb werden am Donnerstag (Himmelfahrt) wie am Sonntag Punktspiele ausgetragen und einige Vereine müssen innerhalb von vier Tagen zweimal antreten. Dabei werden die in der Tabellen-rangordnung noch freien Plätze wohl endgültig vergeben werden. Tübingen wird sich aus seinen Spielen am Donnerstag in Schweningen und am Sonntag auf eigenem Platz gegen Villingen bestimmt die letzten Punkte zur Sicherung seines zweiten Platzes holen. Ob der FC Freiburg am Donnerstag sein letztes Spiel in Friedrichshafen gewinnen wird, dürfte nach der Anstrengung beim Qualifikationsspiel in Koblenz fraglich sein. Singen wird daher mit seinem letzten Heimspiel gegen Rastatt am Donnerstag und dem Spiel gegen Hechingen am Sonntag die Freiburger endgültig überflügeln und den dritten Platz belegen. Von den Spielen am Donnerstag ist neben dem Spiel Schweningen — Tübingen noch das Spiel Trossingen in Konstanz für die Abstiegsfrage wichtig. Wenn Schweningen daheim gegen Tübingen wenigstens einen Punkt retten kann, sind sie in Sicherheit vor dem Abstieg und können sich dann am Sonntag eine Niederlage in Konstanz leisten. Für Trossingen dagegen dürfte eine Niederlage in Konstanz am Donnerstag den Abstieg bedeuten, denn der Freiburger SC wird am Sonntag daheim gegen Offenburg mindestens ein Remis wie beim Vorspiel in Offenburg erreichen und damit außer Gefahr sein. Die Konstanz werden sich die Punkte aus ihren beiden letzten Heimspielen gegen die Abstiegskandidaten Trossingen und Schweningen nicht entgehen lassen,

zumal sie damit noch drei Vordermänner überspringen und vor Ebingen auf dem fünften Platz landen würden. Heiß wird es noch beim Treffen Lahr gegen Kuppenheim hergehen, weil der Sieger in diesem Spiel noch Aussicht hat, seinen Vordermann in der Tabelle zu überholen.

Konstanz — Trossingen abgesetzt
Wie soeben bekannt wird, ist das für den Himmelfahrtstag angesetzte Wiederholungsspiel VfL Konstanz — SpVgg Trossingen vom Spielleiter der Südliga wieder abgesetzt worden. Das ursprünglich für ungültig erklärte Vorspiel VfL Konstanz — SpVgg Trossingen 5:2 vom 8.1.50 wird mit dem erzielten Ergebnis gewertet.

Blumberg I — Bräunlingen I 1:3
Das Spiel zeigte bereits zu Anfang, daß es jede Mannschaft auf Durchbruchüberraschungen abgesehen hatte. In der zehnten Minute kann die Platzelf die Führung erkämpfen, doch die Gäste können noch vor Halbzeit ausgleichen. Nach Wiederanpfiff zeigte sich wohl die spielerische Ueberlegenheit der Blumberger, wie auch in der ersten Halbzeit, aber der Sieg konnte bei der schlechten Leistung des Tormannes nur den Gästen zufallen. Beide Mannschaften taten ihr Möglichstes, und verdient hätte jede den Sieg.

Schiedsrichter Kraft, Villingen, leitete das Spiel energisch und gerecht. Blumberg II — Bräunlingen II 2:2, Blumberg Jugend gegen Bräunlingen Jugend 3:2.

Drei Schwimmrekorde
Drei neue Schwimmrekorde stellte Ungarns Meisterin, Eva Szekely, in den Kraulstrecken über 800 Meter in 11:26,8 Min., über 1000 Meter in 14:23,6 und über 1500 Meter in 21:44,6 auf.

Amtliche Bekanntmachung
Verlegung des Gewerbeaufsichtsamtes Baden
Das Gewerbeaufsichtsam Baden befindet sich ab Freitag den 19. Mai 1950 im Anwesen Freiburg, Elsäßerstr. 2 (ehemalige Artilleriekaserne).
Freiburg-Br., 15. Mai 1950 Gewerbeaufsichtsam Baden

Buchhalter(in)
mit guten Fachkenntnissen per sofort gesucht
Ausführliche Angaben über bisherige Tätigkeit und berufliche Kenntnisse sowie organisatorische Zugehörigkeit erbeten unter Chiffre Nr. 32-63 a. V.

Zentral-Theater
Freitag — Montag
Die letzten Tage von Pompeji
Dienstag — Donnerstag
Irrlichter der Grenze

Manche Leute glauben, guter Kaffee schmecke ohne Zutat am besten. Sie vergessen, daß eine echte Kaffee-Kultur — genau wie jede Kochkultur — stets vom Würzen ausgeht. Kaffee-Freunde, deren Kaffee in der ganzen Welt berühmt ist, kennen aus Paris und Kopenhagen, würzen deshalb ihren Kaffee seit eh und je. Sogar die besten Wiener-Cafés nehmen schon immer Zusatz zu ihrem Kaffee. Einen wie FRANK. Außerdem schmeckt Kaffee mit FRANK nicht nur gut, er ist auch viel gesünder, weil der Inulingehalt dieser Zutat sich heilsam auf Galle und Leber auswirkt. Das ist ärztlich erwiesen.

Stoffe
für Anzüge
Kostüme u. Kleider
Arbeits-Kleidung
Jakob Kopp
LAHR, am Bärenplatz

GESTERN und HEUTE Die Erfolge der Werktätigen in der ungarischen Volksdemokratie

Bericht über eine Reise zum Staatsfeiertag der ungarischen Werktätigen / Von Fritz Rische M.d.B.

Am 4. April feierte das ungarische Volk den fünften Jahrestag der Befreiung Budapests vom Hitlerjoch als Staatsfeiertag. Zum Befreiungstag hatten die ungarische Regierung und die „Partei der Werktätigen“ die Vertreter der fortschrittlichen Menschheit eingeladen, darunter auch eine Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung von Ministerpräsident Otto Grotewohl, nahm an den Feierlichkeiten teil und wurde auf das herzlichste von der volksdemokratischen Regierung und vom ungarischen Volk begrüßt. Als Leiter der westdeutschen Delegation habe ich während unseres Aufenthaltes in der ungarischen Volksdemokratie eine gute Uebersicht über die gewaltigen Erfolge der ungarischen Volksrepublik erhalten. Die westdeutsche Delegation konnte mit großer Freude die freundschaftlichen Gefühle der ungarischen Bruderpartei und der ungarischen Werktätigen für den Kampf der deutschen Werktätigen, um die Unabhängigkeit und die Einheit des Vaterlandes, wo sie auch auftrat, verspüren.

Die deutsche Regierungsdelegation wurde bei ihrer Ankunft in Budapest mit allen Ehren und unter großer Anteilnahme des Volkes empfangen. Es war mehr als nur ein symbolischer Akt, als bei der Einfahrt in den Bahnhof die deutsche Nationalhymne erklang und Tausende Ungarn zu Ehren des deutschen Volkes ihr Haupt entblößten und ihrer Freundschaft mit dem ganzen deutschen Volke sichtbaren Ausdruck verliehen.

Uns Delegierten bot Budapest, wie alle ungarischen Städte und Dörfer, ein festliches Bild. Die schöne Stadt an der Donau hat ihre großen Verwüstungen aus den Monaten während der erbitterten Kämpfe fast restlos überwunden. Die von den deutschen Faschisten gesprengten herrlichen Budapest-Donaubrücken, darunter die 100jährige Kettenbrücke, sind längst wieder geschlagen und das alte schöne Bild der herrlichen Stadt an der Donau wiederhergestellt. Der Wiederaufbau der großen Donaubrücken ist ein Zeugnis von der Kraft der ungarischen Werktätigen, die die Zerstörungen der hitlerischen Wehrmacht mit Hilfe der Sowjetunion in harter Arbeit überwand.

Stalin, der Freund Ungarns

Die große Liebe und Freundschaft des ungarischen Volkes zur Sowjetunion und zu Stalin, ist eines der unvergesslichen Erlebnisse, die wir aus Ungarn nach Deutschland heimbrachten. Die ungarischen Werktätigen geben dieser Freundschaft, wo sie nur können, temperamentvoll Ausdruck. Sie schmücken ihre Häuser mit Bildern der Führer der Sowjetunion und ihres Landes, vor allem aber mit den Bildern Stalins. Seine Worte über die Freundschaft des sowjetischen und ungarischen Volkes sind tausendfach auf den Lippen der ungarischen Werktätigen. Bei den Veranstaltungen klatschen sie minutenlang Beifall, wenn der Name der Sowjetunion und Stalins fällt. Dies konnten wir nicht nur in der großen Feier in der Budapest-Oper feststellen, sondern bei vielen anderen Veranstaltungen, darunter auch bei einer Aufführung der weltbekannten Moskauer Puppenbühne. In einem Gespräch mit einem ungarischen Bauarbeiter, der am Bau einer weiteren Brücke über die Donau beteiligt ist, hörte ich die stolzen Worte: „Wir bauen und arbeiten dank der Sowjetunion. Ohne ihre Hilfe wären wir niemals so schnell zu Freiheit und Wohlstand gekommen.“

Die Anerkennung dieser großen Hilfe durch die Sowjetunion und die tiefe Verbundenheit des ungarischen Volkes mit den Sowjetvolk, ist in der Verfassung der ungarischen Volksrepublik verankert, in deren Präambel es heißt:

„Die bewaffnete Macht der großen Sowjetunion hat unser Land vom Joch der

Wir erleben den Vorbeimarsch der Werktätigen

Die ungarische Volksarmee zeigte auf der großen Parade ihr hohes militärisches Können und den hervorragenden Stand ihrer Ausrüstung. Nur eine Armee kann ihre Kraft so deutlich zeigen, die tief im Volke verankert und zum Schutze der Errungenschaften des Volkes und zur Verteidigung des Friedens erzogen ist. Die Führer dieser Armee entstammen der Arbeiter- und Bauernklasse. Ihre Kommandeure sind aus den großen Betrieben des Landes, besonders der Wiege der ungarischen Arbeiterbewegung, aus den großen Werkstätten von Csepel, hervorgegangen. Die Begeisterung der riesigen Zuschauermenge überzeugte uns, daß diese Armee dem Volke gehört. Besonders eindrucksvoll war jedoch der Vorbeimarsch der nach Hunderttausenden



Bild vom Manifestationszug der Budapest-er Werktätigen anlässlich der Feier des fünften Jahrestages der ungarischen Volksrepublik

deutschen Faschisten befreit, die volksfeindliche Staatsgewalt der Gutsherren und Großkapitalisten zerschmettert und unserem werktätigen Volke den Weg der demokratischen Entwicklung erschlossen. Im harten Kampf gegen die Herren und Beschützer der alten Ordnung zur Macht gelangt, hat die ungarische Arbeiterklasse im Bunde mit der werktätigen Bauernschaft und selbstlos unterstützt von der Sowjetunion, unser im Krieg zerstörtes Land wieder aufgebaut. Unter Führung unserer in jahrzehntelangen Kämpfen gestählten Arbeiterklasse, bereichert durch die Erfahrungen der sozialistischen Revolution des Jahres 1919 und gestützt auf die Sowjetunion, ist unser Volk darangegangen, die Fundamente des Sozialismus zu legen, und unser Volk schreitet auf dem Wege der Volksdemokratie vorwärts, dem Sozialismus entgegen.“

Diese Worte der Verfassung wurden für uns besonders eindringlich lebendig am Tage der Parade der ungarischen Volksarmee, die verbunden war mit einem Vorbeimarsch der Werktätigen Budapests vor den Führern der Regierung und den Delegationen, an deren Spitze die Sowjetdelegation unter Leitung von Marschall Woroschilow stand.

zählenden Werktätigen Budapests. Die besten Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben, begeisterte Jugend und die Vertreter der Intelligenz zogen mit Zehntausenden von Fahnen und Transparenten an uns vorüber. Unzählige Transparente, die Bilder der Führer des ungarischen Volkes, die Bilder Stalins und der Führer aller Völker, wurden von den demonstrierenden Massen mitgeführt. Hundertfach konnten wir im Demonstrationzug die Bilder von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl feststellen. Der Liebling des ungarischen Volkes ist neben Stalin, Mátyás Rákosi, stellvertretender Ministerpräsident und Generalsekretär der Partei der Werktätigen. Mátyás Rákosi ist ein Mann von außergewöhnlichen Fähigkeiten, der jahrelang in ungarischen

Kerkern schmachtete und nun die Werktätigen zu großen Erfolgen führt. Die Vorbemarschierenden begrüßten ihren Freund mit großer Begeisterung, worin sich die Anerkennung für seine hervorragenden Leistungen ausdrückte.

Die besten Arbeiter des Landes zeigten in der Demonstration auf mitgeführten Schaulbildern die Produktionserfolge ihrer Betriebe. Die im ganzen Lande bekannten Stachanow-Arbeiter wurden bei ihrem Erscheinen vor der Tribüne begeistert begrüßt und gefeiert.

Wir westdeutschen Vertreter dachten bei diesen Ehrungen des ungarischen Volkes für ihre erfolgreichsten Meister der Produktion mit bitteren Gefühlen an die Millionenarmeen der Arbeitslosen, die in Westeuropa und in Westdeutschland vorhanden sind, und dachten an die Arbeiter, die voller Sorge um ihren Arbeitsplatz für die ausländischen und deutschen Monopolisten schufren müssen. Die vielfältigsten Lügen über das Leben in den volksdemokratischen Ländern kamen uns ins Gedächtnis. Unser einmütiger Wunsch bestand darin, daß die Werktätigen einmal so wie wir sehen könnten, wie das Leben in den volksdemokratischen Ländern wirklich ist und wie die Menschen, frei von Sorgen der kapitalistischen Krisen, von Erfolg zu Erfolg schreiten.

Das alte Ungarn der Faschisten und Magnaten

Früher war Ungarn in Westdeutschland und in Westeuropa als ein rückständiges Land bekannt. Die Lage der Werktätigen im faschistischen Horthy-System war besonders schwer. So verdienten die Arbeiter aller Berufsgruppen im Durchschnitt gerechnet nur 65 Pengö im Monat. Dies entsprach dem Preis einer Eisenbahnfahrkarte Budapest-Wien. Noch schwerer war das Los der Landarbeiterschaft und der Bauern unter den feudal-mittelalterlichen Zuständen, die von den ungarischen Landmagnaten geschaffen wurden. Der größte Landmagnat, Pál Esterházy, besaß 360 000 Hold (1 Hold = 0,57 ha) Boden und erstreckte seine Macht über eine ganze Provinz. Als größter Landbesitzer trat die katholische Kirche auf, die über einen Besitz von nahezu 1 Million Hold verfügte. Die Welt dieser reichen Grundstücks magnaten ist den Menschen in Westeuropa aus den Filmen der Hollywooder Traumfabrik im Gedächtnis, aber das wahre Leben war anders.

„Drei Millionen Bettler“

Im alten Ungarn gab es 800 000 arme Bauern, die weder eigenen noch gepachteten Boden, meistens nicht einmal ein Haus zum Wohnen besaßen. Diese Bauern bildeten mit ihren Familien die „3 Millionen Bettler“ des Landes, deren Tagesverdienst im Durchschnitt 28 Fillér, das waren 2 Fillér weniger als der Preis eines Fahrcheines auf der Budapest-er Straßenbahnen betrug. Dieses Ungarn der Horthy-Faschisten und der Magnaten ist, tot, wie wir uns im Lande überzeugen konnten.

Wie leben die ungarischen Werktätigen?

Die Arbeiter Ungarns haben längst den Lebensstandard westeuropäischer Arbeiter übertroffen. Dabei muß man noch die staatliche Hilfe für Erholung und Gesundheit, für Kultur und Fortbildung, die kostenlos erfolgt, hinzusetzen.

Dies läßt sich am besten durch einen Vergleich zwischen dem Lebensmittelverbrauch in England und in Budapest demon-

strieren, wobei zu bemerken ist, daß es kalorienreiche Rationierungen mehr in Ungarn gibt:

	Monatliche Kopfration im Frühjahr 1949	
	in England	in Budapest
Brot, Mehl, Mehlspeise kg	8,55	13,22
Fleisch	1,96	3,15
Fett	1,22	1,26
Zucker	0,98	1,84
Käse	0,18	0,78
Milch	Liter 4,07	9,30
Eier	Stück 1,50	6,50

Wir haben uns bei den Besichtigungen der Warenhäuser und Läden sehr oft gefragt, wie die ungarischen Werktätigen die großen Erfolge erringen konnten. Immer wieder gaben uns die Arbeiter zur Antwort: „Das haben wir uns im Dreijahresplan mit Hilfe der Sowjetunion erarbeitet.“

Der Dreijahresplan hatte die Aufgabe, die Industrie und Landwirtschaft über das Friedensniveau hinaus zu entwickeln. In der Landwirtschaft stieg während des Dreijahresplanes die Produktion um 60 Prozent. Die Industrieproduktion, die im Wirtschaftsjahr 1946/47, zu Beginn des Dreijahresplanes, auf einer Höhe von 62,2 Prozent des Vorkriegsniveaus stand, stieg besonders stürmisch an. Im Jahre 1949 überbot die Produktion der Industrie das Produktionsniveau von 1938 bereits um 53,4 Prozent. Die Schwerindustrie wuchs im Vergleich zum Vorkriegsstand um 71,1 Prozent. Diese Zahlen konnten wir von den Plakaten ablesen, die vom Erfolg der vergangenen Jahre berichteten.

Besuch im Warenhaus

Um diese nüchternen Zahlen richtig einzuschätzen, besuchten wir, auf Anregung ungarischer Freunde, die überfüllten Geschäfte und großen staatlichen Warenhäuser, die zum Teil zugunsten der Werktätigen bis 21.30 Uhr geöffnet bleiben und wo ein ununterbrochener Strom von Käufern die Bedürfnisse des Lebens deckt. Unvergessen ist mir der Karfreitag, an dem wir mit einer ungarischen Dolmetscherin mehrere solcher Warenhäuser in Budapest aufsuchten. Dort erlebten wir ein auch für uns völlig ungewohntes Bild. Alle Warenarten, von den Lebensmitteln bis zu den feinsten Seidenstoffen, waren in großer Fülle vorhanden. Besonders überraschte uns die Kaufkraft der Budapest-er. Große Schlangen standen vor den Kassen, und die Auslagen waren von jung und alt belagert, von Menschen aller Schichten, die mit großen Paketen bepackt waren. Wie mir die vielfach deutsch-sprechenden Verkäufer versicherten, ist dies alle Tage so. Wir machten uns über die Kaufkraft selbstverständlich Gedanken und mußten uns sagen lassen, daß der durchschnittliche Stundenverdienst, der im Oktober 1949 1,22 Forint betrug, im August 1948 bereits auf 3,07 Forint angestiegen war und seitdem durch Leistungsarbeit und Leistungsprämien weiter beträchtlich angestiegen ist.

Die Erfolge des Dreijahresplanes verändern die Struktur der ungarischen Gesellschaft und Volkswirtschaft auf das gründlichste. Die Industrie und der Bergbau gingen zu 100 Prozent in den Besitz des Volkes über. Alle gewerblichen Unternehmungen, die über 100 Mann beschäftigen, wurden enteignet. Die Bodenreform gab insgesamt 642 000 Bodenarwärtner Leben und Existenz.

Besuch einer Maschinenstation und einer Produktivgenossenschaft

Bei einer Fahrt zum Plattensee hatte die deutsche Delegation Gelegenheit, sich von den großen Erfolgen in der Landwirtschaft zu überzeugen. Wir besichtigten eine Maschinen-Ausleihstation auf der Rückfahrt nach Budapest, eine weit abseits gelegene Produktionsgenossenschaft.

Die Maschinenstation, die wir besichtigten, war typisch für viele im Lande. Ein ehemaliger Gutshof, der einem Magnaten gehört hatte (das den Bauern abgepreßte Geld verschlemmte dieser in Paris), zeigte uns die Veränderungen in der Landwirtschaft. Die alten verfallenen Ställe, die in der Vergangenheit Menschen und Tiere bewohnten, waren teilweise schon durch neue Gebäude ersetzt. Die Station verfügte bereits über ein Kulturhaus und eine kleine Bibliothek, die auch den Bauern der weiten Umgebung zur Verfügung stand. Ein Teil der Arbeiter und



Eine Gruppe von Textilarbeiterinnen während der Feierlichkeiten des fünften Jahrestages der ungarischen Volksrepublik



Das Befreiungdenkmal zu Ehren der glorreichen Roten Armee in Budapest.

Arbeiterinnen war schon in neuen sauberen Unterkünften untergebracht. Vom Leiter der Station, einem jungen energischen Fabrikarbeiter, hörten wir von den Schwierigkeiten und Erfolgen bei der Arbeit. Mit den Maschinen der Station wurde der Boden vieler Bauern in der Nähe und weiten Umgebung und der Boden der Produktivgenossenschaften bearbeitet. 90 Prozent des Bodens waren bereits bestellt.

Die junge Station hat noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die aber dank staatlicher Hilfe schnell überwunden werden. Sie mußte sich in der Zeit ihres Bestehens gegen die Sabotage der Kulaken und oft auch gegen die rückständigen Ansichten der Bauern behaupten und ankämpfen. Um die Bauern von den Maschinen abzuschrecken, hatten die Kulaken verbreitet, daß die mit den Maschinen bearbeiteten Böden keine Ernte abgeben. Aber auch hier hat der Fortschritt sich durchgesetzt.

Von diesen Stationen wurden im Laufe des Dreijahresplanes 211 errichtet, die mit 3800 Traktoren, 1287 Dreschmaschinen und 544 Selektoren ausgestattet sind.

Die von uns besichtigte Produktivgenossenschaft entstand bereits vor einigen Jahren auf Initiative eines Landarbeiters.

Dieser begründete mit einer Handvoll armer landloser Bauern und Landarbeiter auf einem ehemaligen Gutshof, der von der deutschen Wehrmacht weitgehend zerstört worden war, die Produktivgenossenschaft. Auf den zerfallenen und zerschossenen Ruinen sind neue Stallungen für Hornvieh und Schweine entstanden. Bei der Übernahme des Gutshofes besaßen die Genossenschaftler nur einige wenige Tiere. Heute sind es mit staatlicher Hilfe über 100 leistungsfähige Milchkühe und 300 Schweine geworden. Der Boden der Genossenschaft, etwa 2000 ha, wird restlos von einer Maschinenstation bearbeitet.

Ein großes Ereignis für die Genossenschaftler war der Bau eines Kulturhauses und das Aufleuchten elektrischer Birnen in der Siedlung. Dieses Ereignis ist von großer Bedeutung für diese Menschen, die weit abseits von den großen Straßen für die Verwirklichung des Sozialismus in der Landwirtschaft Pionierarbeit leisten.

Heute gibt es in der ungarischen Volksdemokratie 2000 solcher Produktivgenossenschaften, die zusammen mit den staatlichen Gütern 7 Prozent der gesamten Anbaufläche umfassen.

Erste Sorge gilt den Menschen

Aehnlich große Erfolge konnten die ungarischen Werktätigen im Gesundheitswesen, im Schulwesen und im Sektor der Kultur und Wissenschaft erzielen. Bei einem kurzen Ausflug ins Mátra-Gebirge erhielten wir einen Einblick in die Fürsorge des Staates für den Menschen. Auf dem schönsten und höchsten Punkt des Mátra-Gebirges (1000 m) genießen Hunderte Werktätige im „Hotel Kékes“ Erholung und Ruhe. Dieses Hotel war früher die Erholungsstätte der Aristokratie und der Bankwelt. Im Jahre 1949 wurde es von der Volksrepublik wieder aufgebaut. Es war ein buntes Leben, dem wir dort begegneten. Die Werktätigen aus allen Teilen des Landes umdrängten uns und sprachen voller Freude über die Hilfe des Landes und die Errungenschaften der Volksdemokratie. Für die westdeutschen Arbeiter dürfte es interessant sein, daß die Sozialversicherungsgebühren in der ungarischen Volksdemokratie restlos von den Betrieben bezahlt werden.

Neuer Plan zur weiteren Hebung des Lebensstandards

Das Leben im volksdemokratischen Ungarn wird heute maßgeblich beeinflusst vom Fünfjahresplan. Die Arbeiter und Bauern, Techniker und Studenten sind erfüllt von seinen Aufgaben und Problemen. Ein neues Verhältnis zur Arbeit entwickelt sich, wie es im sozialistischen Arbeitswettbewerb und in



Die Jugend begrüßt stürmisch die ausländischen Delegationen und die Volksregionen während der Feierlichkeiten anlässlich des 5. Jahrestages der ungarischen Volksrepublik.

der Stachanowbewegung zum Ausdruck kommt. Wir konnten uns in den Tagen unseres Aufenthalts davon überzeugen, mit welchem Elan fast zwei Drittel der ungarischen Arbeiterschaft im Arbeitswettbewerb stehen, um durch erhöhte Produktion das allgemeine Lebensniveau weiter zu heben.

Im Zeitraum von 5 Jahren müssen nach dem Plansoll 50,9 Milliarden Forint in die Volkswirtschaft investiert werden. 1954 hat der Wert der industriellen Produktion 186,4 v. H. der industriellen Produktion des Jahres 1949 zu erreichen. Die landwirtschaftliche Produktion wird im gleichen Zeitraum auf 142,2 Prozent ansteigen. Das Lebensniveau wird sich im Vergleich zu 1949 um durchschnittlich 35 v. H. heben, das bedeutet, daß im Jahre 1954 das Lebensniveau 185 v. H. des Vorkriegsdurchschnitts erreichen wird.

Während in den imperialistischen Ländern, insbesondere im marshallisierten Westdeutschland, die Massenarbeitslosigkeit die Menschen bedrückt, müssen in der Planperiode 480 000 neue Arbeiter und neue Angestellte in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden, davon etwa 250 000 neue Facharbeiter und 55 000 Intellektuelle verschiedener Berufsgruppen. So kann also das ungarische Volk mit Stolz auf die Ergebnisse seiner Aufbauarbeit blicken und in der Verwirklichung des Fünfjahresplanes neue Aufgaben zur höheren Lebensform und zur Festigung des volksdemokratischen Regimes stellen.

Freundschaft zwischen dem ungarischen und dem deutschen Volke

Am 5. Jahrestag der Befreiung Ungarns konnten wir als Mitglieder der deutschen Delegation miterleben, wie das ungarische Volk unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und mit Hilfe der Sowjetunion das Leben von Grund auf veränderte und sich die Fundamente des Sozialismus legt. Die große Liebe, die das ungarische Volk für die Sowjetunion und für Stalin und für Mátyás Rákosi, den Freund Stalins, empfindet, wurde uns als Zeichen der neuen Kraft, die in den volksdemokratischen Ländern heranwächst, bewußt.

Mátyás Rákosi, Generalsekretär der Vereinigten Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei, trug uns auf, der westdeutschen Arbeiterschaft die brüderlichsten Grüße zu überbringen und allen Arbeitern die Versicherung zu geben, daß beide Völker in gemeinsamer Verbundenheit im Kampf für die Befreiung aller Völker vom amerikanischen Imperialismus zusammenstehen werden. Diese Freundschaft verpflichtet die westdeutschen Werktätigen zum verstärkten Kampf für die deutsche Einheit und Unabhängigkeit, um in einer antifaschistischen deutschen demokratischen Republik ein glückliches Leben in Wohlstand und Fortschritt zu begründen.

Vorbildliche Sozialpolitik im neuen Ungarn

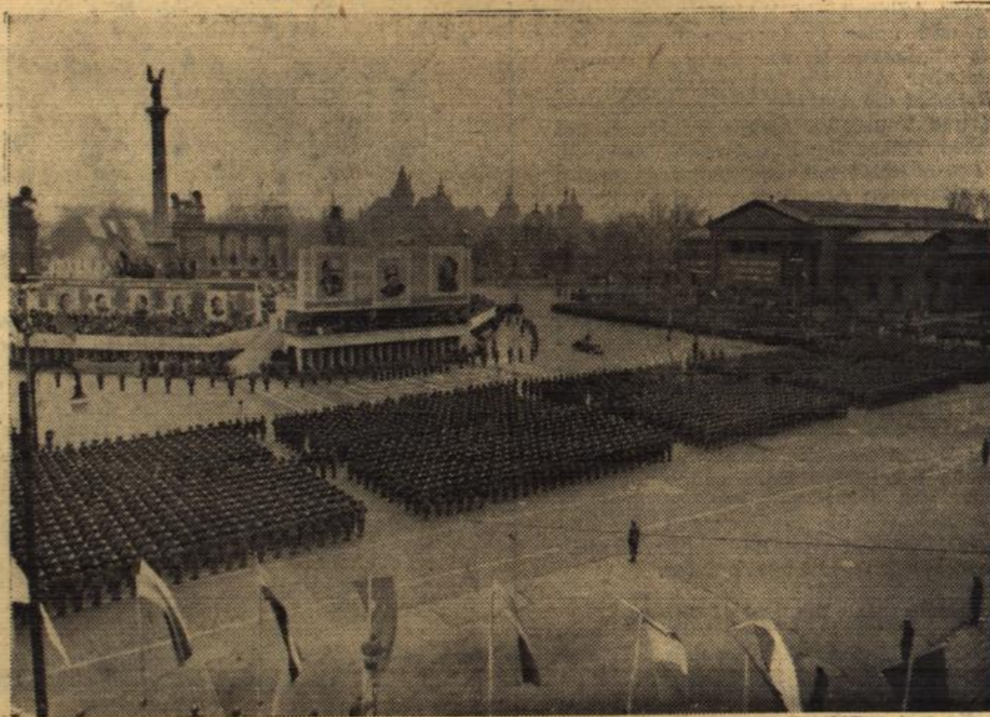
Vor der Befreiung gehörte Ungarn in sozialer und sanitärer Hinsicht zu den rückständigsten Ländern Europas. Die Lage der Industrie- und Landarbeiter war durch Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, mangelhafte Ernährung und eine schlechte gesundheitliche Betreuung gekennzeichnet.

Es gab nicht genügend Krankenhäuser, 50 % der Lungenkranken konnten keine Pflege erhalten, weil nicht genügend Krankenhausbetten vorhanden waren. Das verfallene System verwendete erbärmlich wenig Sorgfalt auf den Schutz für Mutter und Kind; im Jahre 1938 erreichte die Säuglingssterblichkeit die enorme Höhe von 13,1 %.

Die Verheerungen des Krieges brachten den ohnehin schon mangelhaften Gesundheitsschutz und die schlechte soziale Lage auf einen noch beträchtlicheren Tiefstand. 75 % der Medikamente waren verlorengegangen. In Budapest wie auch in der Provinz waren

völkerung des Landes zweimal auf Tuberkulose untersucht worden. Jede Frau über 35 Jahre muß sich den Krebs-Reihenuntersuchungen unterziehen.

Die Aerzte und Behörden werden in ihrer Arbeit durch freiwillige Volksgesundheitshü-



Verdichtung der ungarischen Volksarmee am Heldenplatz

auch die ohnehin ungenügenden Gesundheitseinrichtungen nahezu vollkommen vernichtet. Die Säuglingssterblichkeit schnellte in Budapest auf 30 % hinauf.

Nach der Befreiung wurde all dies anders. Das Programm der neuen ungarischen Sozialpolitik läßt sich in einem Satz zusammenfassen:

„Der höchste Wert ist der Mensch“

Mit der Beendigung des Dreijahresplans wurden nicht nur die zerstörten sanitären Institutionen wiederaufgebaut, sondern es wurde auch im ganzen Lande ein neues, besseres Gesundheitsnetz geschaffen. 16 neue Krankenhäuser und Heilanstalten wurden gebaut und besondere Sorge wurde auf die Vermehrung der Spitalsbetten für Entbindungen, Lungen-, Frauen- und Kinderkrankheiten verwendet.

Die werdende Mutter hat Anspruch auf kostenlose ärztliche Untersuchung und erforderliche werdende gesundheitliche Betreuung, erhält im Sinne des Kollektivvertrages auch einen dreimonatigen bezahlten Urlaub und nach dessen Ablauf für weitere 12 Wochen die Unterstützungsgelder für stillende Mütter. Während 1945 auf dem Lande nur 52 Entbindungsheime bestanden, erhöhte sich diese Zahl Ende 1949 auf 96, und während 1938 nur 531 Gesundheitshäuser zur Verfügung standen, gab es 1949 bereits 773. All diese Fürsorge hatte zum Ergebnis, daß die Säuglingssterblichkeit Ende 1949 gegenüber dem Jahre 1938 um 36 % sank.

Die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards machte sich auch durch ein Ansteigen der Zahl der Eheschließungen bemerkbar. 1940 wurden im Monat durchschnittlich 5995 Ehen geschlossen, während es 1949 monatlich 7116 waren.

Die Lungen- und Reihenuntersuchungen werden regelmäßig fortgesetzt. Im Verlaufe des Fünfjahresplanes wird die gesamte Be-

ter unterstützt; bis Ende 1949 wurden 15 000 dieser Helfer ausgebildet, die hauptsächlich in den Dörfern eine segensreiche Tätigkeit entfalten.

In den Industriebetrieben wird großer Wert auf Schutzmaßnahmen gelegt. Es werden Speisen und Getränke, die dem besonderen Schutz der Gesundheit dienen, verabreicht; jeder Arbeitnehmer steht unter regelmäßiger ärztlicher Kontrolle.

Im Jahre 1949 standen um 24,1 % mehr Amtsärzte, um 74,6 % mehr Rettungsstationen und um 23,9 % mehr Apotheken zur Verfügung als 1938. Jeder Werktätige ist Mitglied der Landes-Sozialversicherungsanstalt; die Versicherung erstreckt sich auf Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter. Die gesamte Versicherungsgebühr wird vom Arbeitgeber bezahlt.

Jeder Werktätige erhält bei der Arbeit eine Mahlzeit, für die er nur einen Bruchteil der Kosten bezahlen muß, der Rest wird aus dem Sozialfonds des Arbeitsplatzes bestritten. Den Werktätigen stehen im Sommer und Winter die schönsten Erholungsorte des Landes zur Verfügung, in die sie durch den Landesgewerkschaftsrat eingewiesen werden. Sie haben dafür lediglich einen geringen Spesenbeitrag zu zahlen, der sich nach der Höhe ihres Gehaltes richtet. Aktivisten, besonders hervorragenden Geistesarbeitern, Musterlandwirten und vorbildlichen Mitgliedern der Produktivgenossenschaftsgruppen wird zur Belohnung eine zweiwöchige kostenlose Erholung gewährt. Alles in allem genießt in Ungarn jeder einzelne Werktätige soziale Zuwendungen, deren Wert 38 % des ausgezahlten Arbeitslohnes überschreitet. (j)

Ein Generalstab, der nicht mehr führt

Außenminister Acheson hat den Beschluß gefaßt, zur Führung seiner „totalen Diplomatie“ einen Generalstab zu bilden, der unter dem Vorsitz von Sonderbotschafter Jessup stehen soll. Dieser Generalstab, oder, wie er auch noch genannt wird, das „strategische Komitee“ ist, wie die „New York Times“ vom 14. 4. 1950 berichtet,

„dazu verpflichtet, darauf zu achten, daß die politischen Bestrebungen der einzelnen Staatssekretariate miteinander in Einklang stehen“.

Er soll nach einem Bericht aus derselben Quelle auch dafür verantwortlich gemacht werden,

„die Strategie der USA im ‚kalten Krieg‘ in einer solchen Weise zu beraten, daß die USA nicht mehr nur reagieren, nachdem die Sowjetunion die Initiative ergriffen hat“.

Ob wohl ein solches strategisches Komitee die Widersprüche zwischen den einzelnen Staatssekretariaten beseitigen und den USA die Initiative zurückgeben kann? Die Widersprüche legen tiefer. Sie nehmen zu, je mehr sich durch die Siege der Friedensfront der Machtbereich des Imperialismus verengt. Und die Initiative liegt heute bei der jungen, aufstrebenden Kraft. Das sind nun eben einmal nicht mehr die vergreisten USA, die höchstens noch zum Abwurf von Atombomben die Initiative ergreifen können, sondern das ist die Volksrepublik China, die Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern und nicht zuletzt auch die täglich wachsenden Friedenskräfte in den imperialistischen Ländern selbst.

Hilfe der Sowjetunion für die Volksdemokratien

Die Sowjetunion leistet den Ländern der Volksdemokratie bei der Industrialisierung dieser Länder größte Hilfe. Die Sowjetunion übermittelt den volksdemokratischen Ländern die technischen und organisatorischen Erfahrungen im Rahmen einer allseitigen wissenschaftlich-technischen Hilfeleistung.

Kostenlos übergibt die Sowjetunion den Ländern der Volksdemokratie technische Zeichnungen, Beschreibungen technologischer Prozesse, Rezepte und andere wissenschaftlich-technische Dokumente, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft dieser Länder von größter Bedeutung sind. Die Industrie der Länder der Volksdemokratie bekommt von der Sowjetunion entschädigungslos die Beschreibung solcher wichtigen technologischen Prozesse, wie z. B. über die Produktion von speziellem Blech- und Formstahl, die Beschreibung der Methoden zur Anlegung neuer Bergwerkstollen, der Methoden der effektiven Ausnutzung der Erdölvorkommen, technische Zeichnungen der Bohrtürme aus Metall, der Hebmäschinen, der neuesten Typen von Automobilen, Traktoren und Werkbänken.

Auf Wunsch der Regierungen der Länder der Volksdemokratie führen sowjetische Ingenieure und Techniker geologische Erkundungsarbeiten durch, stellen Entwürfe für den Aufbau neuer Betriebe, Fabriken, Bergwerke, Entwürfe für die verschiedensten Industrieanlagen zusammen, beteiligen sich am Bau dieser Unternehmen und unterstützen die Arbeiter und Ingenieure dieser Länder direkt, im Verlaufe der Arbeit, die technischen und organisatorischen Erfahrungen der Sowjetunion. Auf breiter Basis wird die Entsendung von Ingenieuren,

Wissenschaftlern, Studenten und Delegationen von Werktätigen zur allseitigen Bekanntmachung mit den Arbeitserfahrungen der besten sowjetischen Betriebe praktiziert.

Brüderliches Helfen

Die wissenschaftlich-technische Hilfe, die die Sowjetunion den Ländern der Volksdemokratie gewährt, gibt diesen die Möglichkeit, binnen kürzester Frist das Niveau der modernen, fortschrittlichen Wissenschaft, Technik und Kultur zu erreichen. Die Presse in den Ländern der Volksdemokratie ist voller Mitteilungen darüber, wie die Methoden der besten sowjetischen Stachanowarbeiter und Neuerer der verschiedensten Zweige der Volkswirtschaft wissenschaftlich studiert und erfolgreich in den Produktionsprozeß übernommen werden.

In Polen, Ungarn, Rumänien und in den anderen Ländern der Volksdemokratie wächst auf Grund des Studiums der Erfahrungen der UdSSR die Bewegung der Arbeiter, die gleichzeitig mehrere Werkbänke bedienen, wird die Schnellschneidmethode bei der Metallbearbeitung eingeführt, wird in der Landwirtschaft die mitschurinsche Agrobiologie gemeistert, erweitert sich die Bewegung für Einsparungen in der Produktion, für Beschleunigung der Zirkulation der Umlaufmittel für Ubersoll-Akkumulation.

Sozialistischer Wettbewerb

Das Wichtigste auf diesem Gebiet ist die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs für Erfüllung und Ueberschreitung der Produktionspläne. In der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn gibt es bereits Arbeiter, die fünf und mehr Normen erfüllen. In der Tschechoslowakei beteiligen sich 86 % aller Arbeiter und Angestellten, die in der Metallurgie beschäftigt sind, in Polen 47 % der Arbeiter und Angestellten in den Industriebetrieben usw. am Wettbewerb. Das beweist, daß das große Beispiel der Sowjetunion die Entwicklung des neuen sozialistischen Verhaltens zur Arbeit in der Arbeiterklasse der Länder der Volksdemokratie fördert.

Die Perspektivpläne der Entwicklung der Volkswirtschaft, mit deren Erfüllung in der Mehrzahl der volksdemokratischen Länder begonnen wurde, sehen die weitere Industrialisierung, die beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie, die Ausrüstung der Industrie mit neuer Technik, die bedeutende Steigerung des Anteils des sozialistischen Sektors an der Wirtschaft, die weitere Mechanisierung der Landwirtschaft, den Aufstieg der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, das Wachstum des nationalen Einkommens und des Wohlstandes der Werktätigen vor. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die die Macht und die Einheit der Länder des sozialistischen Lagers festigt, ist zugleich ein wichtiger Faktor im Kampf um den Frieden in der ganzen Welt, im Kampf um Demokratie, um Sozialismus.